

«Ist wahr, was wir wahrnehmen?
Nur die kritische Auseinandersetzung
mit den Quellen und der Diskurs
mit Andersdenkenden hilft uns
der Wahrheit näher zu kommen,
um uns so eine Meinung zu bilden.»

Heinz Karrer
Stiftungsratspräsident Hasler Stiftung

**Debattenabend
zum Thema
«Digitale Desinformation»**

Mittwoch, 22. Februar 2023
Welle7, Bern
18.30 Uhr, anschliessend Apéro
Eintritt frei

Gäste

Adrian Hänni, Historiker
Fred Mast, Kognitionspsychologe
Ronnie Grob, Chefredaktor «Schweizer Monat»

Mehr Informationen unter
schweizermonat.ch



Raffiniert getarnte Lügen

Die Wahrheit in Zeiten von Bots und Trollen

Die politische Debatte wird immer häufiger über Soziale Medien geführt. Meldungen verbreiten sich wie ein Lauffeuer. Beiträge, Bilder und Videos, die häufig geklickt, gelikt und weitergeleitet werden, erscheinen bei immer mehr Nutzern an erster Stelle im Feed – völlig unabhängig davon, ob ihre Inhalte der Wahrheit entsprechen. In der Tat lebt die Demokratie vom Diskurs und dem offenen Austausch von Argumenten und muss dabei auch ein Mass an Unwahrheiten aushalten können. Doch ist sie der Herausforderung noch gewachsen, wenn sie gegen automatisierte Bots und durch künstliche Intelligenz gefälschte Videos antritt?

Autoritäre Staaten haben das Potenzial der gezielten Desinformation in digitaler Form erkannt: Mit geringen finanziellen Mitteln haben sie Trollarmeen errichtet, die im Netz Unsicherheit und Verwirrung durch Propaganda säen. Gerade Russland steht häufig im Verdacht, mit Internetkriegern den Westen zu untergraben: Lange behaupteten etwa Vertreter der Demokratischen Partei, das Wahlteam rund um Donald Trump habe die externe Stimmungsmache rund um die US-Präsidentenwahlen von 2016 heimlich mit der russischen Regierung abgesprochen. Für diesen Vorwurf der Kollusion fand der 2019 erschienene *Mueller Report* keine belastbaren Beweise – jedoch stellte der Sonderbeauftragte fest, dass Russland «in umfassender und systematischer Weise» versucht habe, den Wahlverlauf zu beeinflussen.

Wirklich neu ist das Phänomen der böswilligen Desinformation jedoch nicht: Auch die Vereinigten Staaten pflegen seit Jahrzehnten einen ausgeklügelten Propagandaapparat, mit dem sie seit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg erfolgreich ihre Aussenpolitik unterstützten und diktatorische Regime in fremden Ländern stürzten. Die *Twitter-Files* legen nahe, dass die Gelüste der CIA und des FBI, erklärte Feinde zu destabilisieren, nach wie vor stark sind. Der Informationskrieg ist in vollem Gang.

Dieses Dossier widmet sich den Mitteln der modernen Propaganda im 21. Jahrhundert. Es erklärt, wie verbreitet Desinformationskampagnen heute im Netz sind – und wie sich die Gesellschaft vor ihnen schützen kann. Wie die Demokratie das Zeitalter der Internetlüge überlebt? Vor allem mit dem Wahrnehmen von individueller Verantwortung: dem kritischen Auge jedes einzelnen beim Medienkonsum aller Art.

Eine anregende Lektüre wünscht
die Redaktion

Für die Unterstützung dieses Dossiers danken wir der Hasler Stiftung.
Redaktionell verantwortlich ist der «Schweizer Monat».

Und ewig tobt der Informationskrieg

Staatliche Desinformationskampagnen sind keine neuartigen Erscheinungen. Auch westliche Akteure, allen voran die USA, mischen eifrig mit.

von Adrian Hänni

Eine gefälschte Ausgabe einer angesehenen Zeitung berichtet, dass eine Kriegspartei eine als besonders brutal gefürchtete irreguläre Miliz beauftragt habe, am Feind ein brutales Massaker zu begehen, wobei die Greuelthaten gestützt auf erfundene Berichte und Dokumente ausgemalt werden. Die «Fake News» werden daraufhin von verschiedenen Medien in Europa und den USA wiedergegeben und mancherorts als Enthüllung von Kriegsverbrechen für bare Münze genommen.

Ein Beispiel russischer Desinformation aus dem Ukrainekrieg? Mitnichten. Wir befinden uns in der Spätphase des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, und der Urheber ist niemand Geringeres als Benjamin Franklin. Der amerikanische Gesandte in Frankreich fabrizierte 1782 mit seiner eigenen Druckerpresse eine Beilage des viel gelesenen Bostoner «Independent Chronicle», in der fälschlicherweise behauptet wurde, dass amerikanische Ureinwohner auf Geheiss und Bezahlung des britischen Militärs Greuelthaten an den Rebellen verübt hätten. Männer, Frauen und Kinder seien massakriert, ihre Skalpe «gepöckelt, getrocknet, gehupft und bemalt» und dem britischen König George III. als Geschenk zugesandt worden. Franklin liess die professionell fingierte Beilage durch das Beifügen lokaler News und sogar erfundener Werbeinserate als echt erscheinen. Dann platzierte er sie mittels Agenten in respektablen Presseergebnissen, ohne dass sich eine Spur zu ihm zurückverfolgen liess. Die falsche Geschichte, ausgemalt in grausamen Einzelheiten, sollte die europäischen Leser empören und so die Friedensverhandlungen beeinflussen, die gerade in ihre entscheidende Phase traten. Tatsächlich wurde sie prompt von liberalen britischen Politikern aufgegriffen, um die Kriegsführung anzuprangern.

Die Lüge kennt keine Partei

Die Episode um Franklin, der seit seiner Ankunft in Paris Ende 1776 eine verdeckte Propagandakampagne gegen die

Britten geführt und sich dabei auf die Verbreitung von Desinformation spezialisiert hatte, ist in vielerlei Hinsicht illustrativ. Professioneller Informationskrieg, Desinformation und schwarze Propaganda – Propaganda, die zum Zweck der Täuschung einem falschen Autor zugeteilt wird – sind mitnichten ein Novum des digitalen Zeitalters und auch keine Erfindung der Sowjetunion, wie mitunter kolportiert wird. Vielmehr sind diese Praktiken seit Beginn der Moderne ein fester Bestandteil internationaler Politik. Desinformation gehört genauso zur westlichen Moderne wie Massenmedien, Gewaltenteilung oder Nationalstaat. Das Beispiel der amerikanischen Rebellen führt zudem vor Augen, dass Desinformation auch von Demokratien, Freiheitskämpfern und anderen Kräften, die auf der «richtigen Seite der Geschichte» stehen, eingesetzt wird. Dies gilt vor allem im Kontext von Kriegen, Krisen und Konflikten. Oder wie es Winston Churchill ausdrückte: «In Kriegszeiten ist die Wahrheit so kostbar, dass sie immer von einer Leibgarde aus Lügen begleitet werden sollte.»

Der Fall Franklin hält noch eine Lehre bereit: Auch wenn in der Öffentlichkeit in erster Linie die Desinformation einer Seite erörtert wird, bedienen sich in den meisten internationalen Konflikten beide Parteien dieser «schwarzen Kunst». Der britische Botschafter in Paris, Lord Stormont, machte nämlich ebenfalls regen Gebrauch von Desinformation.

Kaum Tabus

Auch im Kalten Krieg tobte ein Informationskrieg. Ein oft gehörter Mythos zum West-Ost-Konflikt besagt, dass die Sowjetunion gewaltige Ressourcen in die Auslandspropaganda gesteckt habe, denen die offenen westlichen Demokratien wenig entgegenzusetzen gehabt hätten. Während die Sowjets in der Tat einen sehr engagierten Informationskrieg führten, unterhielt ihr geopolitischer Rivale ebenfalls einen massiven Propagandaapparat, der ab den 1950er-Jah-

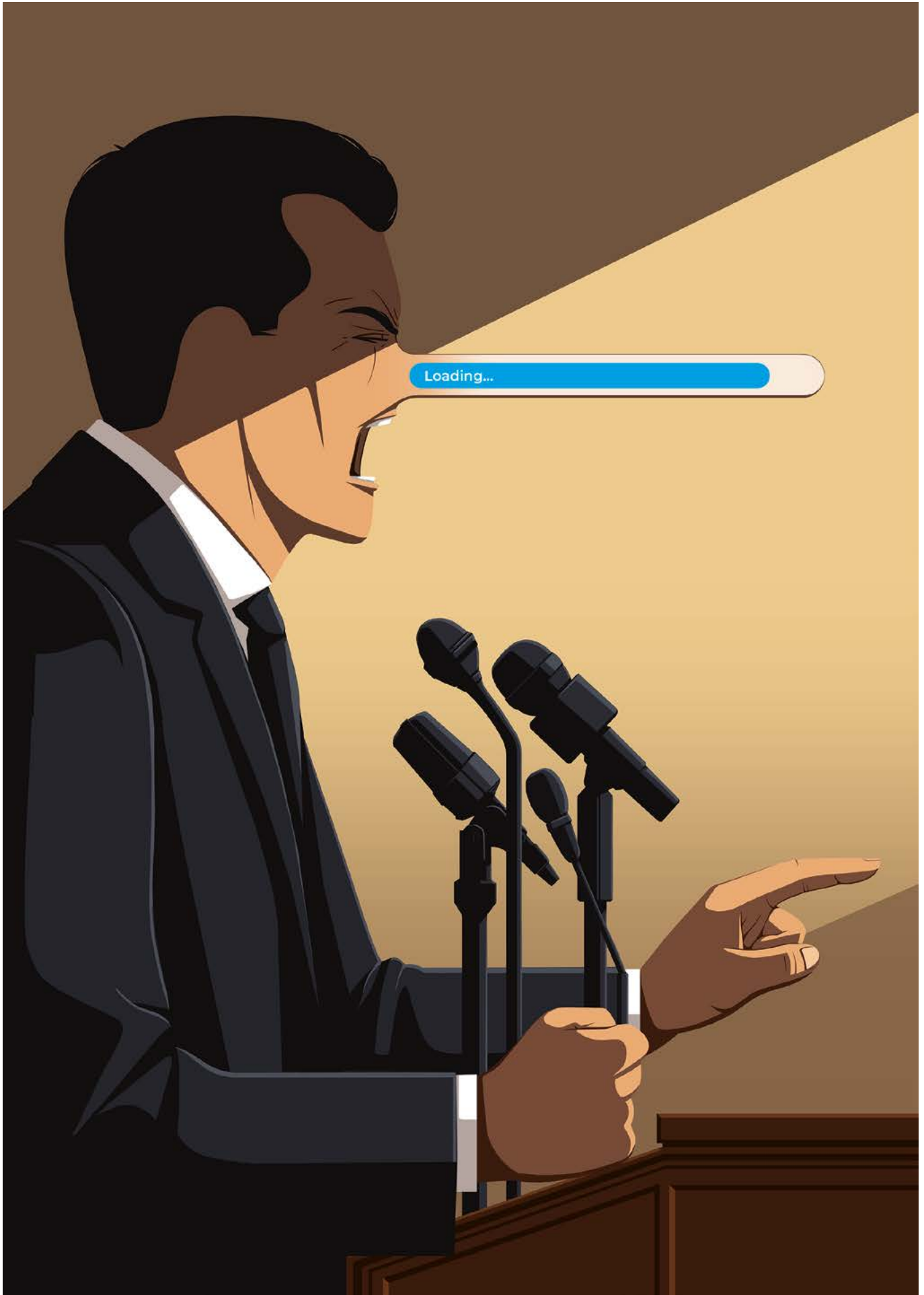


Illustration von Stephan Schmitz.

ren etwa eine Milliarde Dollar pro Jahr verschlang. Einen Teil dieses Geldes verwendeten die USA durchaus für sachliche und glaubwürdige Nachrichten, welche die US-amerikanische Politik erläuterten und falsche Vorstellungen korrigierten oder etwa Schwächen und Widersprüche des Sowjetkommunismus offenlegten. Die Kalte-Kriegs-Propaganda in Washington hatte aber auch eine dunklere Komponente, die auf Gerüchte, Fälschungen und Desinformation setzte und kaum Tabus oder Grenzen kannte. Mitte der 1970er-Jahre hielt eine Untersuchungskommission des US-Senats fest, dass die CIA über ein weltweites Netzwerk von Dutzenden von Journalisten verfüge, um – wie zweihundert Jahre zuvor Franklin – verdeckt Propaganda in der Presse zu platzieren. Auch bei den Staatsstreich der CIA im globalen Süden spielte Desinformation oft eine zentrale Rolle. Als sich die CIA 1954 anschickte, einen Aufstand gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Guatemalas loszutreten, sandte sie über einen Piratensender fiktive Berichte, wonach die Regierung von Jacobo Arbenz (dessen Vater übrigens ein Schweizer war) Brunnen vergifte und die Einführung eines Militärdienstes für Kinder plane.

Etablierte Täuschungsoperationen im Internet

Zu Beginn dieses Jahrtausends passten sich gerade die angloamerikanischen Geheimdienste rasch an den Informationskrieg im digitalen Zeitalter an. Die Strategien, Inhalte und «schmutzigen Tricks» verdeckter Propaganda blieben im Grunde dieselben wie im Kalten Krieg, aber Internet und soziale Medien eröffneten effektive neue Verbreitungskanäle. Wie die Leaks von NSA-Whistleblower Edward Snowden zeigen, waren Propaganda und Täuschungsoperationen im Cyberspace, die Manipulation von Webseiten, das Führen von Fake-Accounts und das möglichst virale Lancieren von Nachrichten spätestens zu Beginn der 2010er fest etabliert. Nicht immer waren die Aktionen so humorvoll (und unzweideutig begrüssenswert) wie die «Operation Cupcake»: 2011 hackte der britische Auslandsgeheimdienst die Webseite von al-Qaidas englischsprachigem «Inspire Magazine» und ersetzte die 67seitige Anleitung «Baue eine Bombe in der Küche deiner Mutter» durch Cupcake-Rezepte. Die Gefahr einer Rohrbombenexplosion war dadurch auf einen Rohrzucker-austausch reduziert.

«Die manipulativen Operationen westlicher Demokratien sind bezüglich ihres Modus Operandi den russischen sehr ähnlich.»

Adrian Hänni

In den vergangenen fünf Jahren orchestrierte das US-Militär mehrere verdeckte Einflussoperationen in den sozialen Medien. Auf Facebook, Twitter, Instagram und weiteren Plattformen wurden nicht authentische Accounts kreiert und mit gefälschten Profilbildern ausgestattet, die oftmals mittels künstlicher Intelligenz hergestellt wurden (sogenannte «Deepfakes»). Diese unechten Personen, die etwa als Iranerin, Tadschike oder Iraker posierten, verbreiteten

prowestliche Narrative unter Zielgruppen in Zentralasien, dem Nahen Osten und Südasiens. Dabei lancierten sie Memes, kurze Videos oder referierten auf die «News» von Scheinmedien, die ebenfalls als Teil der jeweiligen Kampagne als vermeintlich unabhängige Nachrichtenquellen fingiert wurden. Die so geförderten Narrative richteten sich unter anderem gegen den chinesischen «Imperialismus» oder die Behandlung der Uiguren in China, versuchten, die von Russland angeführte regionale Integration in Zentralasien zu unterminieren, oder liessen die US-Aussenpolitik

einschliesslich Militärinterventionen und Drohnenkrieg in bestem Lichte erscheinen. Auch unbelegte Behauptungen und Gerüchte wurden gestreut, zum Beispiel, dass das iranische Regime absichtlich eine Dürre im Irak erzeuge, die Crystal-Meth-Epidemie im Nachbarland anheize oder einen Handel mit den Organen afghanischer Flüchtlinge betreibe.

Die USA sind nicht der einzige westliche Staat, der einen verdeckten Informationskrieg in den sozialen Medien führt. Auch das französische Militär setzt auf solche Operationen, wie zum Beispiel jene, die in den Jahren 2019 und 2020 primär auf Facebook die Bevölkerung der Zentralafrikanischen Republik ins Visier nahm. Mit antirussischen Inhalten sollte die Kampagne die Aussenpolitik Frankreichs unterstützen und darauf hinweisen, dass Russland zu jenem Zeitpunkt in dem armen und von Bürgerkriegen gezeichneten Land um Einfluss rang.

Lügen als Leibgarde der Wahrheiten im Ukrainekrieg

Diese manipulativen Operationen westlicher Demokratien sind bezüglich ihres Modus Operandi den russischen sehr ähnlich. Wie einst die schwarze Propaganda Franklins sind sie unter den Zeitgenossen aber so gut wie unbekannt. Auch im Ukrainekrieg liegt der Fokus einmal mehr – aus gutem Grund – auf den Desinformationskampagnen Russlands und Putins.

Doch auch die CIA, die im Ukrainekrieg unter Leitung des formidablen Kremologen William Burns generell eine wichtige Rolle spielt, und andere westliche Geheimdienste führen zusammen mit ihren ukrainischen Verbündeten einen umfangreichen und bislang erfolgreichen Informationskrieg. Als Mittel, um die Russen weiter zu isolieren und die öffentliche Meinung weltweit auf die Seite der Ukraine zu ziehen, dienen schwarze Propaganda und die geheime Finanzierung von Frontorganisationen. Auch psychologische Kriegsführung wird eingesetzt: zum Beispiel gegen russische und weissrussische Soldaten, denen ukrainische Cyberkrieger – die mit ziemlicher Sicherheit mit dem Einverständnis und in Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung operieren – in WhatsApp-Nachrichten und Telefonanrufen eröffnen, dass sie im Falle eines Einsatzes in der Ukraine auf jeden Fall getötet werden würden. Während diese Kampagne darauf abzielt, die bereits tiefe Moral des Gegners weiter zu schwächen, richtet sich eine ähnliche Operation offenbar gegen die breitere russische Gesellschaft: Gemäss der «Washington Post» setzen ukrainische Beamte eine Gesichtsscanner-Software ein, um tote russische Soldaten zu identifizieren – und senden die Fotos dieser Leichen dann an deren Familienangehörige.

Auch Desinformation wird seit dem Beginn des bewaffneten Konflikts in der Ukraine von beiden Seiten eingesetzt. Das zeigte sich bereits im April 2014, als in Donezk ein Flugblatt die Runde machte, in dem die jüdische Bevölkerung der Stadt dazu aufgerufen wurde, sich registrieren zu lassen und eine Spezialsteuer zu entrichten. Diese Desinformation, welche die prorussischen Separatisten im Donbass diskreditierte, ging um die Welt und wurde sogar vom damaligen US-Aussenminister John Kerry als vermeintlich wahre Begebenheit aufgegriffen und verurteilt.

Im Gegensatz zu Russland verbreitet die proukrainische Seite häufig sachliche, glaubwürdige Informationen, welche die Schwächen der russischen Offensive aufzeigen, die Widersprüche der russischen Propaganda offenlegen und die Brutalität der russischen Kriegsführung vor Augen führen. Um diese Wahrheiten zu schützen, werden bisweilen kleinere und grössere Lügen als Leibgarde eingesetzt. Im Herbst 2022 verbreitete ein ukrainischer Sicherheitsdienst in den sozialen Medien beispielsweise ein Foto mit einer Kiste voll mit goldenen Zahnkronen, die angeblich aus russischen Folterkammern stammten. In dem fraglichen Dorf hatte die russische Armee laut Augenzeugen tatsächlich gefoltert, die Goldzähne allerdings wurden offenbar bei einem lokalen Zahnarzt geplündert.

Heiligt der Zweck nicht die Mittel?

Die Tatsache, dass beide Seiten manipulieren, täuschen, fälschen und lügen, stellt für sich allein noch keine moralische Äquivalenz her. Schliesslich würde heute auch kaum

jemand die umfangreiche schwarze Propaganda und Desinformation der Briten im Zweiten Weltkrieg verurteilen, auch wenn sich diese nicht nur direkt gegen Nazideutschland richtete, sondern nicht zuletzt die Bevölkerung der USA zum Eintritt in den Krieg bewegen sollte. Warum sollte die Beurteilung anders ausfallen, wenn nun im gegenwärtigen Waffengang auch Ukrainer, Amerikaner und Briten die volle Klaviatur des Informationskriegs spielen? Wer will das angesichts des mit systematischen Völkerrechtsverletzungen geführten, nicht provozierten Angriffskriegs der Russen schon moralisch gleichsetzen?

Allerdings wäre dies kein Artikel über Tricks und Täuschung, wenn er nicht noch einen letzten doppelten Boden bereithalten würde: Das Konzept der «moralischen Äquivalenz» wurde nämlich unter US-Präsident Ronald Reagan als Propagandathema entwickelt, um genau solche Vergleiche zu delegitimieren. Eine Arbeitsgruppe des Nationalen Sicherheitsrats unter der Leitung eines führenden CIA-Experten für psychologische Kriegsführung propagierte 1984 die Verbreitung der Idee, dass für die US-Regierung wegen ihrer moralischen Überlegenheit nicht dieselben Standards gelten sollten wie für die Sowjetunion. Jeder Vergleich des Verhaltens der beiden Supermächte sollte fortan als inakzeptable moralische Äquivalenz gebrandmarkt werden. Mission erfüllt. ◀



Adrian Hänni

ist Historiker und forscht unter anderem zu Propagandaoperationen von Geheimdiensten. Er doziert an der Georgetown University in Washington und an der FernUni Schweiz.

Halbwahrheiten ganz durchblicken

Das Internet hat die Demokratie angreifbar gemacht. Zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung muss das kritische Denken einer jungen Generation gefördert werden.

von Eliot Higgins

Fakten können Menschen nicht immer davon überzeugen, ihre Meinung zu ändern – diese Erkenntnis ist heute von besonderer Aktualität. Die investigative Organisation Bellingcat hat seit ihrer Gründung vor acht Jahren eine Reihe von Themen untersucht, hinter denen zahlreiche Internetnutzer eine angebliche Verschwörung eines «orthodoxen Mainstreams» wittern. Der Einsatz von Sarin- und Chlorgas als Chemiewaffe durch das syrische Regime zwischen 2013 und 2018 etwa ist ihrer Meinung nach ein westlicher Schwindel, um ein militärisches Engagement in Syrien zu rechtfertigen. Ebenso gibt es Online-Communities, welche die Verantwortung Russlands für den Abschuss des Flugs 17 der Malaysian Airlines (MH17) im Juli 2014 zurückweisen und stattdessen fragwürdige Beweise für eine Beteiligung der Ukraine am Abschuss anführen. In den letzten Jahren verbreiteten sich im Netz zahlreiche weitere Verschwörungstheorien, wie das Beispiel der QAnon-Bewegung zeigt. Sogar die «Flacherde»-Bewegung geniesst immer mehr Zuspruch.

Die mediale Reaktion, insbesondere seit der Wahl von Donald Trump im Jahr 2016, besteht darin, auf die Versuche externer Akteure zu verweisen, welche die westliche Gesellschaft durch Desinformationskampagnen beeinflussen wollen. Insbesondere Russland wird oftmals vorgeworfen, von aussen gezielt die Meinung im Westen zu formen. Organisationen wie das Digital Forensic Lab des Atlantic Council oder die Europäische Union suchen eifrig nach Bot-Netzwerken und deren Verbindungen zu ausländischen Regierungen.

Zwar spielen ausländische staatliche Akteure bei der Desinformation durchaus eine Rolle. Doch wenn man sich nur auf sie konzentriert, übersieht man die grundlegenden Probleme, die überhaupt erst zur Entstehung und Verbreitung von Desinformationen führen. Werden diese nicht

angegangen, so werden sich auch künftig dieselben Muster wiederholen und so demokratische Gesellschaften untergraben.

Die Wurzel der Desinformation

Durch meine Arbeit bin ich Menschen begegnet, die das leugnen, was für mich die offensichtlichste Realität zu sein scheint. Die Arbeit von Bellingcat basiert auf der Verwendung von Open-Source-Material – beispielsweise Satellitenbilder oder Videos aus den sozialen Medien, die im Netz öffentlich zugänglich sind und in unserer Arbeit mit nachvollziehbaren Methoden analysiert werden. Trotzdem gibt es im Internet zahlreiche Nutzer, die uns als Handlanger von westlichen Geheimdiensten abtun. So heisst es etwa, wir seien nichts anderes als Meinungsverstärker, um die

westliche Agenda gegenüber Ländern wie Syrien und Russland zu fördern.

Was ist also die wahre Wurzel der Desinformation? Warum bilden sich diese kontrafaktischen Internet-Communities überhaupt? Oft finden diese Gruppen bei bestimmten Themen zusammen, die selbst nicht unbedingt verschwörerischer Natur sind. Einige der Personen, die heute den Dokumentationen über die Chemiewaffenangriffe in Syrien den Wahrheitsgehalt absprechen, waren früher einmal Sympathisanten der Anti-Kriegs-Bewegung.

Eine Verschwörungstheorie startet oftmals mit einem grundlegenden Misstrauen gegenüber einer bestimmten Autorität, in der Regel aufgrund einer Wahrnehmung von Verrat – unabhängig davon, wie berechtigt dieses Gefühl im konkreten Fall sein mag. Bei Internetnutzern, die den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien bestreiten, erfolgte dieser Startschuss häufig mit der Invasion des Iraks im Jahr 2003: Dabei wird den Medien häufig Komplizenschaft vorgeworfen, da sie das Narrativ einer angeblichen Bedrohung

«Komplexe Sachverhalte werden von heute auf morgen zu binären Konflikten zwischen Gut und Böse, Richtig und Falsch.»

Eliot Higgins



Illustration von Stephan Schmitz.

durch Massenvernichtungswaffen unwidersprochen befeuert hätten. Auf dieser Grundlage werden im Anschluss Parallelen zu Syrien gezogen.

Die Bubble-Gesellschaft

Es sollte betont werden, dass diese Gefühle des Verrats nicht immer unangebracht sind und dass man dadurch auch nicht zwingend beim Verschwörungsglauben landen muss. Bei denjenigen aber, die sich zu Verschwörungstheorien hingezogen fühlen, wird durch den Vertrauensverlust das ganze Weltbild gekippt. Komplexe Sachverhalte werden von heute auf morgen zu binären Konflikten zwischen Gut und Böse, Richtig und Falsch.

Dank des Internets können Menschen mit ähnlichen Ideen online zueinanderfinden, die sozialen Medien erhöhten die Zugänglichkeit zusätzlich. Rasch verwandelte sich dieses Zeitalter in eine Ära des Algorithmus, in der das Individuum proaktiv mit Inhalten gefüttert wird, von denen Suchmaschinen und soziale Medien glauben, dass ihre Nutzer sie sehen wollen. Das führt nicht zur Auseinander-

setzung mit neuen Argumenten, sondern verstärkt bereits existierende Grundüberzeugungen und heizt so die Entstehung alternativer Medienechokammern an.

Wer einmal Zweifel an den Chemiewaffenangriffen in Syrien und dem Schicksal des Fluges MH17 hat oder Bedenken zu Impfstoffen anbringt, der landet via Algorithmus schon bald in Facebook-Gruppen und auf alternativen Nachrichtenkanälen, die dem User genau jene Meinung liefern, die er vermeintlich sehen will. Der User sieht mehr und mehr von der Unwahrheit – und glaubt daher auch immer mehr an sie. So entstehen neue Medien-Ökosysteme fernab des Mainstreams. Es ist diese selbstverstärkende Struktur des Internets, die unsere Demokratien anfällig für Halbwahrheiten und böswillige Lügelei gemacht hat.

Stärkung der Jugend

Was sollten wir gegen Desinformation tun? Ich halte es für wichtig, einen vielschichtigen Ansatz zu verfolgen. Ein Schlüsselement soll aber bei der Einbindung von Online-Communities liegen. Ein Musterbeispiel dafür liefert das

Engagement zahlreicher Bürgerjournalisten nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022.

Seit 2014 gibt es eine engagierte Online-Community bestehend aus Journalisten, Aktivisten, Menschenrechtsaktivisten, Desinformationsforschern und engagierten Bürgern, welche die Ereignisse in der Ukraine mitverfolgt und vorhandene Internetquellen gezielt auswertet. Die Ukraine wurde zu einem der ersten Konflikte, bei denen Open-Source-Untersuchungen (also Analysen auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Informationen aus dem Netz und den sozialen Medien) eine Schlüsselrolle spielten. So konnte die Community nicht nur die Verantwortlichen für den Abschuss von MH17 identifizieren, sondern betätigte sich auch bei weiteren Recherchen zu russischen Verwicklungen im Donbass. Als russische Soldaten im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierten, existierte im Netz bereits eine Gemeinschaft, die sich mit der Situation in der Ukraine beschäftigt hatte und ein Gespür für Desinformation und Open-Source-Recherchen hatte.

Schon in den Wochen vor dem Einmarsch begannen Teile dieser Community, den russischen Truppenaufmarsch entlang der Grenze zur Ukraine zu dokumentieren. Hilfreiche Quellen waren dabei zum Beispiel das Videomaterial russischer TikTok-Nutzer, die Verschiebungen von Truppen und Logistik gefilmt hatten. Die russische Regierung behauptete zwar, dass es beim Aufmarsch um Übungszwecke ging – die Art und das Ausmass der verlagerten Einheiten und Fahrzeuge legten jedoch nahe, dass es sich hier nicht um einen übungstypischen militärischen Zusammenzug handelte.

Als der Tag der Invasion näherrückte, wurden auf pro-russischen Kanälen Gerüchte über ukrainische Verbrechen verbreitet – so kursierten beispielsweise Videos, auf denen ukrainische Streitkräfte angeblich auf russisches Territorium vordrangen. Das Beweismaterial wurde von der Internet-Community schnell untersucht und auseinandergenommen. Oft waren die russischen Behauptungen in weniger als einer Stunde nach ihrer Veröffentlichung entkräftet. Videos, die einen angeblichen Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf russisches Territorium zeigten, stellten sich als manipuliert oder kontextfremd heraus.

Was zu tun ist

Wenn eine Gesellschaft Desinformation nachhaltig bekämpfen möchte, soll sie Einzelpersonen aufzeigen, dass man mittels eines Rechercheengagements im Internet etwas bewirken kann. Junge Menschen sollen lernen, dass sie als Teil einer Online-Community einen positiven Beitrag zu Themen leisten können, die ihnen am Herzen liegen. Kritisches Denken und investigative Fähigkeiten sollen ihnen früh beigebracht werden, damit die jungen Menschen in den sozialen Medien den Überblick behalten können.

Kontrafaktische Communities sollten unter dem Aspekt der Online-Radikalisierung betrachtet werden. Normalerweise verbinden wir den Radikalisierungsbegriff eher mit der extremen Rechten und Islamisten – für mich findet derselbe Prozess im Internet aber für ein breiteres Spektrum von Meinungen statt, von Flacherdlern bis zu Coronaleugnern. Der Sturm auf das amerikanische Kapitol vom 6. Januar 2021 zeigt, wie viele Formen die Online-Radikalisierung eigentlich annehmen kann – rechtsextreme Gruppierungen marschierten Seite an Seite mit Menschen, die an eine pädophile und satanische Weltelite glauben. Die Deradikalisierung von Menschen mit solch extremen Weltanschauungen ist äusserst kompliziert und erfordert viel Einsatz von denjenigen, die den Betroffenen am nächsten stehen – nicht die Bekehrungsgebote der Medien, der Regierung oder von Faktenprüfern, die von den Radikalisierten von vornherein abgelehnt würden. Wer im Verschwörungsgewirr verlorengelassen ist, strebt im Kern eigentlich nach Ermächtigung und Halt – es sind Freunde und Familie, die den Betroffenen ein vertrautes Umfeld geben können. Externe Belehrungsversuche, wie man sie heute immer wieder in den Medien findet, sind nicht zielführend.

Bellingcat wird demnächst mit der britischen Organisation The Student View zusammenarbeiten, um 16- bis 18-Jährigen beizubringen, wie sie online faktengetreu Themen hinterfragen können. Durch eine Kombination traditioneller Recherchemethoden mit Open-Source-Tools wollen wir ihnen zeigen, wie sie im Netz einen Unterschied machen können. Aus ihnen soll keine neue Generation von wütenden, entmündigten Internetnutzern werden, die in den kontrafaktischen Verirrungen des Netzes einen Halt suchen. Das ist kein leichtes Unterfangen, es erfordert viel Einsatz, und Bellingcat ist nach wie vor eine kleine Organisation. Ich hoffe dennoch, dass die Online-Welt so zu einem besseren, produktiveren Ort werden kann. Die Chance ist da – die Gesellschaft muss aber aktiv daran arbeiten. <

Aus dem Englischen übersetzt von Jannik Belser. Der Artikel ist auf schweizermonat.ch in der Originalsprache verfügbar.



Eliot Higgins

ist ein britischer Bürgerjournalist. Er ist der Gründer von Bellingcat, einer investigativen Organisation, die sich auf Fact-Checking und die Analyse von Open-Source-Informationen spezialisiert hat.

Gerüchte als Informationsträger

Die Pandemie lieferte den Startschuss einer breit angelegten Propagandakampagne der Kommunistischen Partei Chinas. In einer rundum zensierten Gesellschaft können Gerüchte die wahrheitsgetreuste Informationsquelle sein.

von Gregory Jones-Katz

Seit 2009 hat die chinesische Regierung rund 6,6 Milliarden Dollar ausgegeben, um ihre globale Medienpräsenz zu verbessern. Ich kann mir nur vorstellen, wie hoch die im Inland eingesetzten Mittel sind. «Totalitarismus», so schreibt es Christopher Lebron, Professor für Philosophie an der John Hopkins University in Baltimore, «ist eine Form der Staatsmacht, in der die herrschende Elite die Bedingungen der politischen und sozialen Existenz kontrolliert sowie die Entscheidungsfähigkeit der einzelnen Bürger untergräbt.»¹ Lebrons Definition lässt sich sehr gut auf China anwenden, wo Desinformation ein wesentlicher Bestandteil der staatlichen Organisation ist. Besonders deutlich wurde das, als sich im Dezember 2019 Covid zu verbreiten begann.

Kontrollierter Informationsfluss

Während die Amerikaner mit ihren Smartphones vornehmlich Kontakte pflegen, ist das Smartphone in China vor allem ein Instrument zur sozialen Kontrolle durch die Regierung. Da es in China 1,3 Milliarden Nutzer gibt (bei knapp 1,5 Milliarden Einwohnern), ist das Potenzial hierfür enorm: Fast jeder ist für Desinformationen direkt angreif-

bar. «Eine gute Krise darf man nicht ungenutzt lassen», sagte Churchill einmal. Die Regierung Xi Jinping schien die Gelegenheit, die sich mit der Pandemie bot, beim Schopf gepackt zu haben. Doch die totale Kontrolle blieb auch in China mehr Wunschdenken als Realität.

«In China widerspiegelt sich der Wert einer Information oftmals im Tempo, in welchem die Nachricht von den Behörden zensiert wird.»

Gregory Jones-Katz

In den frühen Tagen der Pandemie gab es Nachrichten auf WeChat – der allgegenwärtigen chinesischen Social-Media-App – und Plakate auf dem Campus, um die Präventions- und Kontrollmassnahmen zu verbreiten: Tragen Sie eine Maske, waschen Sie sich die Hände, gehen Sie auf Distanz. Hören Sie nicht auf Gerüchte und verbreiten Sie diese auf keinen Fall weiter. Im Laufe der Monate häuften sich merkwürdigerweise WeChat-Artikel über das vermeintliche Glücksbefinden der Ausländer hier in China: Den Berichten zufolge waren diese

Expats dank der strengen Massnahmen des Landes frei von Infektionsängsten. Ich erinnere mich beispielsweise an eine Propagandaschrift mit Fotos eines lächelnden weisen Briten mit seiner chinesischen Frau. Der Expat schwärmte von der chinesischen Staatsführung, er war sogar der Kommunistischen Partei beigetreten und hatte seine britische Staatsbürgerschaft zugunsten eines chine-

sischen Passes aufgegeben. Diese Darstellung ist vielleicht etwas übertrieben, doch das Land hatte für uns Expats in den frühen Tagen von Covid durchaus seinen Reiz: Chinas striktes, von oben verordnetes Pandemiemanagement schien effektiv, gerechtfertigt durch die Sorge um das Wohlergehen der Bürger. Etwa Mitte 2021, als sich die Bedingungen in unseren Heimatländern verbesserten und die Beschränkungen in China bestehen blieben, begannen wir Ausländer jedoch, China als positives Vorbild ernsthaft zu hinterfragen.

In den chinesischen Medien gibt es eine verdächtige Systematik: Negative innenpolitische Entwicklungen werden rasch von positiven Nachrichten aus der Berichterstattung verdrängt. Irreführung und Halbwahrheiten spielen eine grosse Rolle bei der Gestaltung einer politischen Atmosphäre, in der Desinformation nicht als solche erkannt werden soll. Die Gesamtzuwanderungsrate in China ist zwischen 2010 und 2020 um mehr als 40 Prozent gestiegen – waren es 2010 410 550 Zuwanderer, so wurden in der Volkszählung von 2020 845 697 Personen registriert. Diese Zahlen sind während der Pandemie zusammengebrochen – gleichzeitig verliessen vor allem hochqualifizierte Ausländer China in den Jahren 2021 und 2022 in Scharen und gingen zurück in den Westen. Im Widerspruch zu dieser Realität war auf WeChat in zahlreichen Artikeln zu lesen, wie in den USA durch Verleugnung und Inkompetenz bis Ende 2020 über 360 000 Amerikaner an Covid gestorben seien. Der mediale Fokus auf die angeblich erfolgreiche Null-Covid-Politik der Regierung sollte die Aufmerksamkeit von einer lückenhaften Impfkampagne weglenken: Die einheimischen Covid-Impfstoffe weisen nach wie vor Unzulänglichkeiten auf – auch wenn die offizielle Propaganda dies natürlich nicht einräumt. Viele ältere Chinesen, die teilweise sogar die Kulturrevolution der Mao-Ära miterlebt haben, vertrauen bis heute keinem Impfstoff und wehren sich deshalb mit Kräften gegen eine Impfung. Offenbar wagt die Kommunistische Partei aus Angst vor grossem Widerstand deshalb nicht, ältere Menschen zur Impfung anzuhalten.

Zudem mobilisierte die chinesische Regierung nationalistische Gefühle, indem sie Ausländer als Verursacher und Importeure von Covid-19 darstellte. Noch vor der Ver-

öffentlichung eines US-Berichts über die Wuhan-Lab-Leak-Theorie startete die chinesische Regierung eine Desinformationskampagne zum Ursprung des Virus: Das offizielle Organ der KPCh veröffentlichte auf WeChat Artikel mit der Behauptung, Covid-19 komme von einer amerikanischen Militärbasis in Maryland.² Zu den jüngeren nationalistischen Äusserungen der chinesischen Regierung, die Halbwahrheiten über Ereignisse und Krisen verbreiten, gehören jene von Wu Zunyou, dem Chef-Epidemiologen des China Center for Disease Control and Prevention. In einem über die sozialen Medien verbreiteten Beitrag auf seiner offiziellen Weibo-Seite schrieb er am 18. September 2022: «Um eine mögliche Affenpockeninfektion zu verhindern und als Teil unseres gesunden Lebensstils wird empfohlen, keinen direkten Haut-zu-Haut-Kontakt mit Ausländern zu haben.»³

«Irreführung und Halbwahrheiten spielen eine grosse Rolle bei der Gestaltung einer politischen Atmosphäre, in der Desinformation nicht als solche erkannt werden soll.»

Gregory Jones-Katz

Fast augenblickliche Zensur

In China widerspiegelt sich der Wert einer Information oftmals im Tempo, in welchem die Nachricht von den Behörden zensiert wird. Nach meinem Umzug nach Deutschland im März 2022 erlebte ich in Echtzeit, wie die chinesische Regierung WeChat kontrolliert, um eine Geschichte aus dem Verkehr zu ziehen. Eines Nachmittags sah ich, wie sich ein bestimmtes Video wie

ein elektronisches Lauffeuer in dem sozialen Netzwerk verbreitete, nur um als Verstoss gegen die WeChat-Richtlinien gekennzeichnet und entfernt zu werden, vermutlich durch automatisierte Bots. Etwas Grosses, vielleicht gar Revolutionäres, war im Gange: Als jemand das Video auf einer Mirrorseite postete, machte ich sofort eine Bildschirmaufnahme, da es wohl jeden Moment aus den sozialen Medien verschwinden würde. Bald darauf erfuhr ich, dass es sich bei dem Video um «*The Voice of April*» (四月之声) handelte, also eine Sammlung von Audioausschnitten aus Gesprächen, die im April 2022 in Schanghai aufgezeichnet wurden – emotionale Schnipsel über das Schicksal der Menschen im härtesten stadtweiten Lockdown Chinas. Schliesslich verschwand das Video jedoch in der digitalen Leere: Es dauerte höchstens ein paar Stunden, bis WeChat, das selbst von der chinesischen Regierung überwacht wird, alle Links zu dem Video deaktiviert hatte.

In einem solchen Umfeld kann ein früher Zugang zu Informationen den Unterschied machen, ob man vor ei-

nem plötzlichen Lockdown noch etwas zu essen kaufen kann – oder ob man einer Abriegelung gar ganz entgeht. Ein guter Freund von mir etwa verliess mit seiner Frau und seinem Sohn seine Wohnung an der Universität, kurz bevor wir in die totale Isolation gingen – obwohl es damals auf dem Campus keine Covid-Fälle gab. Da es zwischen der Entscheidung der Regierung und der Umsetzung neuer Massnahmen keine Verzögerung gibt, sind Gerüchte in China zu einer wertvollen Quelle geworden – auch wenn die meisten natürlich wissen, dass diese halb wahr oder gar völlig falsch sein könnten. In meinen sechs Jahren in China habe ich jedoch festgestellt, dass Gerüchte in der Regel die zuverlässigste Informationsquelle sind. Denn offizielle Verlautbarungen zur Pandemie sind meist Teil einer Propaganda- und Desinformationskampagne.

Gerüchte sind oft die einzige Möglichkeit, wahre Informationen informell und ohne Konsequenzen weiterzugeben – solange man das natürlich nicht für eine zu breite Öffentlichkeit tut. Ein befreundeter Taxifahrer etwa erzählte unter vier Augen, dass die Wirtschaftsleistung in Shenzhen entgegen den Aussagen der Regierung ziemlich schwach sei. Andere meiner chinesischen Bekannten schlossen sich dagegen voll und ganz den regierungstreuen Darstellungen an: Die USA zum Beispiel sind für sie ein gewalttätiges und fremdenfeindliches Land, in welchem Hassverbrechen gegen Asiaten und die weitverbreitete Waffenkultur völlig ausser Kontrolle geraten seien. Diese Haltung kombinieren sie mit einer Angst vor Ausländern und einem Stolz auf den von China eingeschlagenen Weg.

Auch bei unserer Flucht aus Shenzhen spielten Gerüchte eine bedeutende Rolle. Als es für mich und meine Familie an der Zeit war, China zu verlassen, lag unser Wohncampus noch immer im Lockdown. Wir hörten von erschreckenden Gerüchten, dass der reguläre Autoverkehr in und aus Shenzhen eingestellt worden war; eine Tante und ein Onkel eines chinesischen Freundes konnten die Stadt angeblich nicht mehr verlassen. Auch die Möglichkeit, mit der Bahn nach Schanghai zu fahren, um dort einen Flug zu nehmen, war nicht mehr gegeben: Wir befürchteten, dass unsere QR-Codes unterwegs plötzlich von «Grün» auf «Rot» wechseln könnten, was zu einer behördlich angeordneten Quarantäne führen würde. Glücklicherweise schenkten wir den Gerüchten Glauben und zweifelten an den staatlichen Ankündigungen über die vermeintlich bevorstehende Öffnung unseres Campus. Nach mehreren vereitelten Plänen und gestrichenen Flügen fanden wir schliesslich den Weg ins Ausland: Unter dem Versprechen, dass wir nicht in die Stadt zurückkehren würden, erhielten wir weniger als 48 Stunden vor unserer Abreise die Genehmigung zur Ausreise durch die örtliche Regierung. Um die Rechtmässigkeit unserer Reise zu gewährleisten, machte unser Taxifahrer beim örtlichen Krankenhaus ei-

nen kurzen Zwischenstopp, wo wir unsere abgestempelten negativen Covid-Testergebnisse abholten. Am Flughafen Guangzhou Baiyun bestiegen wir unser Flugzeug nach Amsterdam Schiphol – es war einer von nur zwei internationalen Flügen an diesem Tag, und das am angeblich «verkehrsreichsten Flughafen der Welt».

Noch im November 2022 teilte ein Mitglied einer WeChat-Diskussionsgruppe für Expats in China mit, dass seine Frau von einem Freund gehört habe, Guangzhou werde am Freitagabend wegen des Covid-Ausbruchs komplett abgeriegelt. Ein Gruppenmitglied schimpfte über die brodelnde Gerüchteküche. Ein anderes widersprach, bedankte sich für die Weitergabe von Insiderinformationen und forderte die Mitglieder auf, für sich selber zu urteilen und entsprechend zu handeln. «Geht, solange ihr noch könnt», dachte ich mir. Am nächsten Tag schrieb die Stadtverwaltung von Guangzhou in einer Mitteilung, man solle solchen Gerüchten keinen Glauben schenken – die Stadt würde nicht unter Lockdown gestellt. Die Realität sah jedoch anders aus: Etwa 85 Prozent der Stadtteile wurden abgeriegelt. ◀

Aus dem Englischen übersetzt von Jannik Belser. Der Artikel ist auf schweizermonat.ch in der Originalsprache verfügbar.

¹ www.bostonreview.net/articles/christopher-lebron-what-totalitarianism-looks-like/

² www.en.people.cn/n3/2020/0501/c90000-9686382.html

³ www.reuters.com/business/healthcare-pharmaceuticals/dont-touch-foreigners-reduce-monkeypox-risk-says-senior-chinese-health-official-2022-09-18/



Gregory Jones-Katz

ist ein US-amerikanischer Historiker, der an der Universität Duisburg-Essen lehrt und derzeit als Postdoktorand an der Ludwig-Maximilians-Universität München tätig ist. Von 2020 bis 2022 lebte und lehrte er in China. Zuletzt von ihm erschienen: «Deconstruction: An American Institution» (University of Chicago Press, 2021).

Soziale Medien sind eine schlechte Informationsquelle in einer Pandemie

Mit dem Coronavirus verbreiteten sich auch falsche Informationen darüber. Wie stark die Leute ihnen Glauben schenken, hängt auch von ihrem Medienkonsum ab.

von Eszter Hargittai

Seit Ausbruch der Coronapandemie herrscht Uneinigkeit darüber, wie sich die Gesellschaft und die Menschen am besten vor dem Virus schützen können. In den ersten Tagen der Pandemie herrschte auf allen Seiten des politischen Spektrums Verwirrung, da nur wenig über das Virus bekannt war und die meisten Länder zu unseren Lebzeiten keinen Lockdown erlebt hatten. Die Menschen nutzten verschiedene Quellen, um sich über die Situation zu informieren. Im April 2020 führte meine Abteilung für Internetnutzung und Gesellschaft am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich eine Umfrage unter der Schweizer Bevölkerung durch, um mehr über das Wissen und die falschen Vorstellungen der Menschen über Covid zu erfahren. Wir haben die Menschen auch gefragt, woher sie ihre Informationen über die Pandemie beziehen würden.

Grosser Einfluss von SRF

Über 90 Prozent der 1350 befragten erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer gaben an, die Nachrichten über Covid sehr aufmerksam oder eher aufmerksam zu verfolgen; das Thema genoss in der Bevölkerung also eine hohe Priorität. Auf die Frage, welche Medien sie konsultierten, war SRF mit Abstand die beliebteste Quelle: 89 Prozent nannten SRF als Quelle, 59 Prozent konsultierten es täglich oder fast täglich. Online-Newsseiten und Webseiten der Behörden waren mit jeweils über 70 Prozent ebenso beliebt wie traditionelle Zeitungen. Soziale Medien dagegen waren weniger wichtig: Etwa die Hälfte der Befragten nannte WhatsApp als Informationsquelle, weniger als die Hälfte erwähnte Facebook und noch weniger informierten sich auf Instagram und Twitter über das Coronavirus.

Zu Beginn der Umfrage fragten wir die Leute, wie sie eine Ansteckung mit dem Virus vermeiden könnten, und nannten 11 mögliche Strategien, von denen einige richtig waren, andere nicht. Die Optionen stammten aus einer Liste, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf

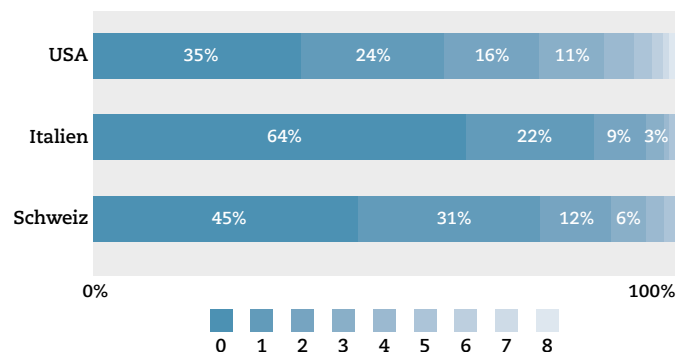
ihrer Website zusammengestellt hatte, um Mythen zu entkräften, die damals im Umlauf waren. Wir erwähnten absichtlich nichts, was damals umstritten war, wie zum Beispiel das Tragen von Gesichtsmasken. Zu den von uns aufgelisteten Möglichkeiten, sich vor dem Virus zu schützen, gehörten der Verzehr von frisch gekochtem Knoblauch (5 Prozent der Schweizer glaubten, dass dies helfen würde), der Verzicht auf den Kauf von in China hergestellten Produkten (9 Prozent), die Einnahme von Vitamin C (20 Prozent) und die Vermeidung der Einnahme von entzündungshemmenden Medikamenten (21 Prozent). Solche falschen Vorstellungen darüber, wie man sich vor dem Virus schützen kann, mögen zwar unschuldig erscheinen, aber wenn sie den Menschen ein falsches Sicherheitsgefühl vermitteln, können sie fatale Folgen haben.

Insgesamt hatte weniger als die Hälfte der befragten Personen in der Schweiz keine falschen Vorstellungen über das Virus. Knapp ein Drittel glaubte eine dieser Fehlinformationen, knapp ein Viertel zwei oder mehr. Die gleiche Umfrage haben wir auch in Italien und in den USA

Grafik

In der Frühphase der Coronapandemie waren Irrtümer weit verbreitet

Anteil der Personen, die eine bestimmte Anzahl falscher Antworten zum Schutz vor dem Coronavirus nannten, in Prozent



Quelle: Umfrage im April 2020

durchgeführt. Die Italiener hatten viel seltener falsche Vorstellungen, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass Italien das erste Land ausserhalb Asiens war, das von der Pandemie schwer getroffen wurde und in dem die Regierung einschneidende Massnahmen wie etwa einen harten Lockdown ergriff. Bei den Amerikanern hingegen waren falsche Vorstellungen verbreiteter, aber es ist nicht klar, warum.

Je älter, desto besser informiert

Wir hatten die Befragten auch zu ihrem Wissen über Covid-19 befragt, unter anderem durch Multiple-Choice-Fragen. Während viele Personen informiert waren, fehlte es einigen an grundlegenden Kenntnissen, wie zum Beispiel der Tatsache, dass Menschen ansteckend sein können, auch wenn sie keine Symptome haben (19 Prozent der Schweizer wussten dies nicht), und dass sie sich selbst in Quarantäne begeben sollten, wenn sie in engen Kontakt mit infizierten Personen gekommen sind (28 Prozent wussten dies nicht). Interessanterweise sind das Wissen über Covid-19 und die falschen Vorstellungen darüber nicht einfach die zwei Seiten derselben Medaille. Zwar ging das bessere Wissen über Covid-19 tendenziell mit einer geringeren Zahl von Fehleinschätzungen einher, doch gab es auch einige Personen, die zwar gut Bescheid wussten, aber dennoch an falsche Vorstellungen glaubten.

In allen drei Ländern war die Wahrscheinlichkeit, falschen Informationen Glauben zu schenken, bei älteren Leuten geringer. Dies ist insofern bemerkenswert, als Untersuchungen zu anderen Themen ergeben haben, dass ältere Menschen eher zu Fehlinformationen neigen. Möglicherweise war eine der ersten Informationen, die über das Coronavirus bekannt wurde, dass ältere Menschen stärker davon betroffen seien; diese Altersgruppe war daher eher daran interessiert, sich zu schützen. Auch bei Frauen war die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie falsche Vorstellungen hatten.

Falsches Vertrauen in eigene Informiertheit

Unterschieden sich die falschen Vorstellungen je nachdem, welche Informationsquellen die Menschen über das

Virus konsultierten? Nur in der Schweiz gibt es eine klare Antwort: Diejenigen, die sich täglich oder fast täglich bei

SRF über das Coronavirus informierten, hatten weniger falsche Vorstellungen als diejenigen, die sich nicht informierten. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie den USA verfügt die Schweiz über ein starkes öffentlich-rechtliches Rundfunksystem, das von der Öffentlichkeit unterstützt wird und dem sie vertraut. Der Rückgriff auf soziale Medien war dagegen mit mehr Fehlinformationen verbunden. Sogar unter denjenigen, die über die Pandemie in den sozialen Medien aktiv diskutierten, waren die Fehleinschätzungen höher. Besonders besorgniserregend ist, dass jene, die angaben, andere in sozialen Medien über das Coronavirus zu korrigieren, ein geringeres Wissen und grössere Fehleinschätzungen darüber hatten. Das Vertrauen

in das eigene Wissen korrespondiert nicht unbedingt mit dem tatsächlichen Wissen. ◀

Aus dem Englischen übersetzt von Lukas Leuzinger.

«Besonders besorgniserregend ist, dass jene, die angaben, andere in sozialen Medien über das Coronavirus zu korrigieren, ein geringeres Wissen und grössere Fehleinschätzungen darüber hatten.»

Eszter Hargittai



Eszter Hargittai

ist Professorin für Internetnutzung und Gesellschaft an der Universität Zürich. Sie ist Autorin von «Connected in Isolation: Digital Privilege in Unsettled Times» (MIT Press, 2022).

Der verlängerte Arm des FBI

Die Enthüllung der Twitter-Files zeigt auf, wie staatliche Organe sehr direkt auf die Inhalte von wichtigen Medienplattformen Einfluss nehmen. In einer freien Gesellschaft ist das fehl am Platz.

von Daniel Jung und Jannik Belser

Im Oktober 2022 übernahm Elon Musk für rund 44 Milliarden Dollar den Kurznachrichtendienst Twitter als privater Besitzer. Als neuer CEO startete er rasant und im Rampenlicht der Öffentlichkeit: Innert Wochenfrist tüftelte er an einem Bezahlmodell für die bisher kostenlose Plattform, verärgerte zahlreiche Nutzer und verlor prominente Werbekunden. Im Dezember liess Musk dann die nächste Bombe platzen: Er spannte einen kleinen Kreis von Journalisten ein – unter ihnen mit Bari Weiss und Michael Shellenberger auch zwei Autoren des «Schweizer Monats» – und liess diese unter dem Stichwort «Twitter-Files» interne Dokumente auswerten. Diese zeigen auf, wie Twitter-Mitarbeiter Inhalte nach politischen Kriterien zensierten und gewisse Geschichten bewusst verschwinden liessen – etwa eine Recherche der «New York Post» zum Laptop von Hunter Biden, auf dem sich E-Mails fanden, die auf problematische Geschäfte in der Ukraine hinweisen – und von denen wohl auch sein Vater wusste, der heutige US-Präsident Joe Biden.

Im deutschen Sprachraum stiessen die Berichte auf wenig Interesse. Das Schweizer Fernsehen SRF fand die Twitter-Files bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe keiner Berichterstattung wert. Mareile Ihde, Leiterin für digitale Kommunikation beim deutschen Beratungsnetzwerk polisphere, erklärte sich im «Faktenfinder» der ARD-«Tagesschau» die Enthüllungen so: «In einer Zeit, in der so viel Desinformation verbreitet wird in den sozialen Netzwerken, ist es logisch, dass dort eine entsprechende Moderation stattfindet.» Letztlich stütze Musk mit der Veröffentlichung der Twitter-Files primär die Narrative vieler Verschwörungserzählungen, die in den USA kursierten, so der «Faktenfinder». In linksliberalen US-Medien war von einem «Nothingburger» die Rede: zwei Scheiben Brot ohne Fleisch, ein Hauch von Nichts also.

Zwar gab es auch einzelne Beiträge, welche die Enthüllungen durchaus ernst nahmen, etwa von USA-Korrespondent Martin Suter in der «Sonntags-Zeitung». Trotzdem dominierte die Meinung zu den Twitter-Files: Alles halb so wild.

Propaganda für das Pentagon

Dass Angestellte sozialer Medien in den Informationsfluss auf dem Netzwerk eingreifen (müssen), ist nichts Neues. Doch die Twitter-Files liefern Sprengstoff: So unterstützten Twitter-Verantwortliche etwa direkt Propagandazwecke des Pentagons im Nahen Osten, indem sie die Reichweite von Accounts mit USA-freundlichen Inhalten erhöhten, wie etwa Journalist Lee Fang bei «The Intercept» aus-

führt. Ein Mailverkehr zeigt, dass ein Angehöriger des Zentralkommandos Centcom, einer Abteilung im US-Verteidigungsdepartement, einem Twitter-Mitarbeiter eine Liste von 52 wohlgesinnten Kanälen zuschickte, deren Wirkung von der Plattform doch bitte verstärkt werden solle. Inhaltlich behaupteten diese Accounts etwa, dass US-Drohnenangriffe im Jemen äusserst treffgenau Terroristen vernichteten und

dass dabei kaum je Zivilisten ums Leben gekommen seien. Andere Kanäle machten im Irak Stimmung gegen den Iran. Die enge Kollaboration mit den US-Behörden überrascht: Twitter hatte über Jahre hinweg behauptet, gegen staatliche Propagandakampagnen auf der eigenen Plattform entschieden vorzugehen, wie etwa Unternehmenssprecher Nick Pickles 2020 vor dem Intelligence Committee des US-Repräsentantenhauses betonte.

Standen dagegen Desinformationsvorwürfe von russischen oder chinesischen Akteuren im Raum, so scheute sich Twitter nicht vor Massnahmen: Ab 2017 kommunizierte man der breiten Öffentlichkeit gegenüber, dass die Firma alleine über die Offline-Schaltung einzelner

«Twitter nahm Sperrlisten von Behörden wie dem FBI und der NSA entgegen.»

Daniel Jung & Jannik Belser

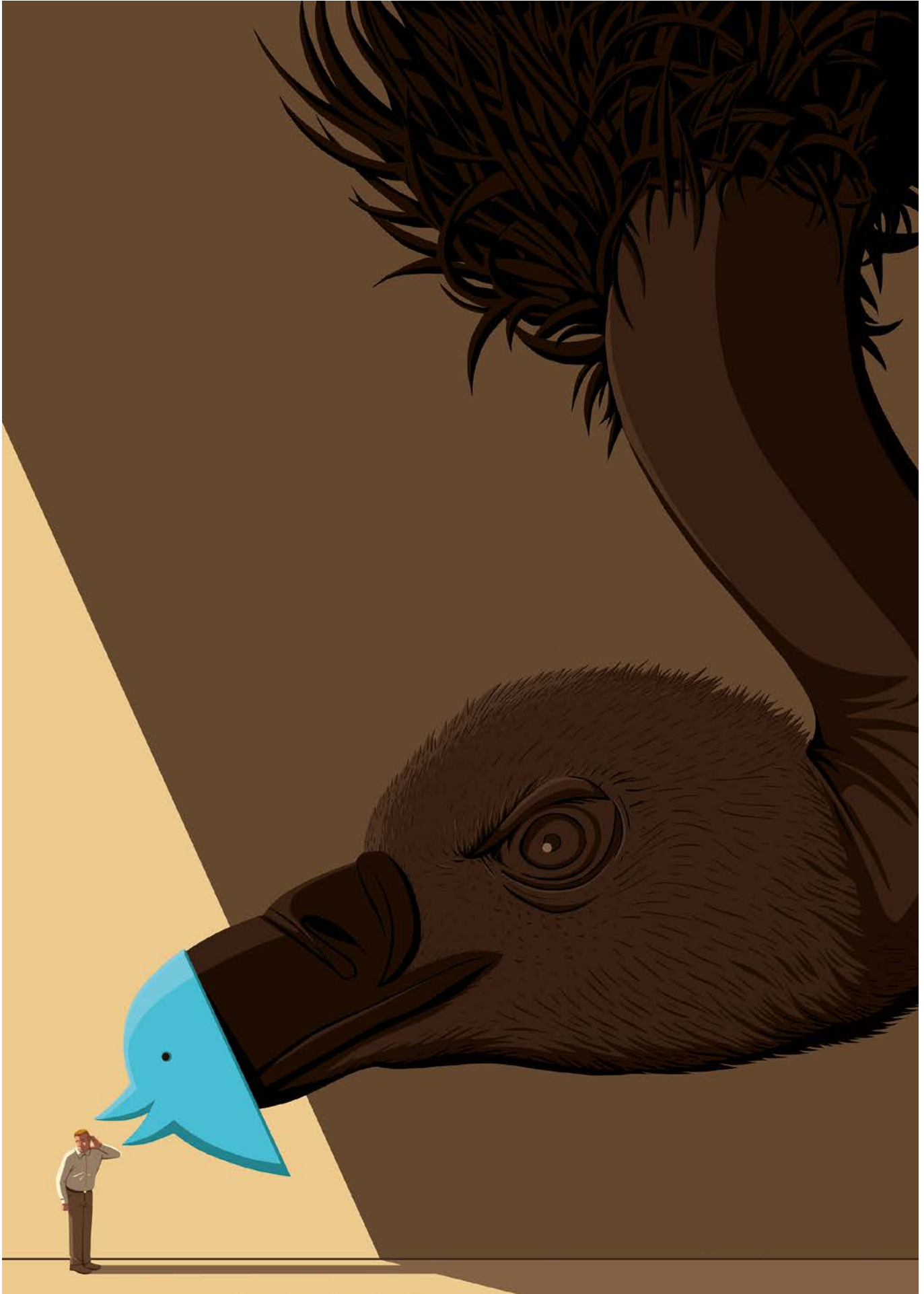


Illustration von Stephan Schmitz.

Accounts entscheide. In Tat und Wahrheit hielt ein interner Leitfaden zur gleichen Zeit fest, dass man sich bei der Identifikation von staatsgesteuerten Cyberoperationen auf die Vorarbeit der US-Nachrichtendienste stützen wolle. So nahm Twitter Sperrlisten von Behörden wie dem FBI und der NSA entgegen. Mails zeigen, wie Twitter-Mitarbeiter dafür im eifrigen, ja ständigen Austausch mit FBI-Agenten standen, Daten teilten sowie Für und Wider spezifischer Kontosperrungen diskutierten. «Der Kontakt von Twitter zum FBI war konstant und durchdringend – als ob Twitter eine Tochterfirma gewesen wäre», schreibt Journalist Matt Taibbi.

Die Twitter-Files zeigen auch, dass nicht nur staatliche Behörden, sondern auch Vertreter einflussreicher Unternehmen direkten Einfluss auf die Moderations- oder Zensurenentscheidungen hatten. So wurde etwa im August 2021 ein Tweet des Arztes Brett Giroir, eines ehemaligen 4-Sterne-Admirals und Interimsleiters der wichtigen Food and Drug Administration, mit einer Warnung versehen. Giroir hatte geschrieben, dass die natürliche Immunität nach einer Covid-Erkrankung der Immunität nach einer Covid-Impfung deutlich überlegen sei. Deshalb gebe es keine wissenschaftliche Rechtfertigung, von Menschen, die zuvor an Covid erkrankt seien, einen Impfnachweis zu verlangen. Twitter versah den Tweet mit dem Label: «Irreführend: Erfahren Sie, wieso Gesundheitsbeamte die Impfung für die meisten Menschen empfehlen.» Gemäss der Recherche von Journalist Alex Berenson ging diese Kennzeichnung auf eine Intervention von Scott Gottlieb zurück, der bis heute im Verwaltungsrat des Impfstoffherstellers Pfizer sitzt – und entsprechend ein ökonomisches Interesse am Einsatz der Pfizer-Impfung hat.

Die kritische Rolle der digitalen Plattformen

Die Twitter-Files machen bewusst, wie mächtig die sozialen Medien als digitales Forum geworden sind – kein Wunder, suchten staatliche Institutionen wie das FBI oder die CIA einen direkten Draht zur Firma. Das eigentlich Schockierende hinter den neuen Enthüllungen ist, mit welcher Systematik und Selbstverständlichkeit dieser Austausch erfolgte. Doch statt über diese gefährliche Allianz zu diskutieren, prasselt die Kritik vornehmlich auf die Absender nieder, auf den exzentrischen Elon Musk. Das ist eine verpasste Chance: Die Twitter-Files haben es verdient, eine ernst zu nehmende Debatte über die kritische Rolle von Plattformen für den demokratischen Diskurs anzustossen.

Die Machtansammlung bei digitalen Plattformen, die wohl in Zukunft noch wichtiger werden, macht anfällig für Missbrauch. Solange ein zentrales Gremium über die Moderation oder die Sperrung von Accounts entscheiden kann – egal ob in der Form einer Gruppe von linksliberalen Meinungsmachern oder einer Musk'schen Alleinherr-

schaft –, bleibt der freie Austausch vom Gutdünken der Lenker abhängig.

Der freie, ungehinderte Austausch der Meinungen, den eine funktionierende Demokratie benötigt, erfordert letztlich wohl eine neugedachte Netzwerkarchitektur der sozialen Medien. Einschränkungen der Meinungsäusserungsfreiheit sollten sich dabei stark an der rechtlichen Notwendigkeit orientieren, um Verleumdungen oder klare Aufrufe zur Gewalt zu verhindern, keinesfalls aber an den politischen oder wirtschaftlichen Zensurgelüsten. Entscheidungen müssen im Ablauf transparent und für die Allgemeinheit nachvollziehbar werden. Noch als CEO schrieb Twitter-Gründer Jack Dorsey am 14. Januar 2021, rund eine Woche nachdem Präsident Donald Trump von der Plattform verbannt worden war: «Diese Massnahmen zu ergreifen, fragmentiert die öffentliche Diskussion. Sie entzweien uns. Sie schränken das Potenzial für Klärung, Wiedergutmachung und Lernen ein. Und sie schaffen einen Präzedenzfall, den ich für gefährlich halte: die Macht, die eine Einzelperson oder ein Unternehmen über einen Teil der globalen öffentlichen Diskussion hat.»

Die Lösung der Frage, wer die Kontrolleure kontrollieren soll, ist aktuell noch nicht sichtbar. Mastodon, eine oft erwähnte Alternative für Twitter-Flüchtlinge, setzt zwar auf einen dezentralen Ansatz mit verschiedenen Servern. Gleichzeitig gehen aber auch Vorteile von Twitter verloren – die Suchfunktion, die globale Reichweite, der direkte Zugang zu Quellen –, während die Tendenz zur ideologischen Blasenbildung gestärkt wird. Jack Dorsey selbst sucht eine dezentrale Alternative zu den gegenwärtigen Social-Media-Plattformen und will nächstens mit «Bluesky Social» an die Öffentlichkeit treten.

Die Bedeutung von sozialen Medien dürfte weiter wachsen; das optimale Set-up, das von möglichst vielen Teilnehmern als fair beurteilt wird, scheint noch nicht gefunden zu sein. Die Twitter-Files sollten daher auch genutzt werden, um über die Meinungsfreiheit im Internet vertieft nachzudenken. Denn die Demokratie stirbt in der Dunkelheit. ◀



Daniel Jung und Jannik Belser
sind Redaktoren dieser Zeitschrift.

Propaganda im Fernsehen wirkt

Gemäss gängigem Narrativ haben die sozialen Medien die Gesellschaft anfälliger für politische Manipulation gemacht. Untersuchungen in der Ukraine legen jedoch nahe, dass Desinformationskampagnen über traditionelle Massenmedien weitaus effektiver sind.

von Lennart Maschmeyer

Seit Jahren beschwören Politiker, Journalisten und Akademiker den bevorstehenden Untergang der liberalen Demokratie. Soziale Medien, so die Annahme, ermöglichten Desinformationskampagnen in einem solchen Ausmass und mit einer solchen Effektivität, dass die Wahrheit inmitten einer Flut von Fälschungen und Lügen untergehe. Mit Hilfe von Desinformationskampagnen würden Schurkenstaaten Gesellschaften spalten, Konflikte anheizen und sogar Regierungen stürzen. Dies sei möglich, so wird oft argumentiert, weil sich anonyme Inhalte auf den sozialen Medien unter einem Eindruck von Echtheit wie ein Lauffeuer verbreiten liessen – obwohl sie doch in Wirklichkeit von Staatshand erstellte und verbreitete Fälschungen seien.

Automatisierte Lügenkampagnen

Weder Desinformationskampagnen noch die Angst vor ihnen sind neuartige Phänomene. Im Kalten Krieg mit seiner «Balance des Terrors» durch nukleare Abschreckung trugen die rivalisierenden Grossmächte ihre ideologische Konkurrenz um die Weltherrschaft vor allem im Verborgenen aus, durch Geheimdienstoperationen und Subversion. Propaganda und Desinformation waren ein Kernbestandteil dieses Konflikts, und insbesondere in der Strategie der Sowjetunion nahmen sogenannte «aktive Massnahmen» eine zentrale Rolle ein: Die Agenten des berühmt-berüchtigten Geheimdienstes KGB infiltrierten westliche Gesellschaften, neben Spionage, Sabotage und gelegentlichen Attentaten gehörten Einflusskampagnen, zum Teil gross angelegt, zu seinen Hauptaufgaben. Desinformation, also das Verbreiten von falschen oder manipulierten Nachrichten, welche die öffentliche Wahrnehmung im Interesse des sponsorenden Staates beeinflussen und verzerren, war dabei ein bevorzugtes Instrument. Noch heute sind viele Menschen überzeugt, dass die Mondlandung amerikanischer Astronauten nie stattgefunden habe, sondern in einem Filmstudio gestellt worden sei. Der Ursprung dieses Glaubens? Eine KGB-Desinformationskampagne. Desinformation ist also durchaus in der Lage, Bevölkerungen

zu beeinflussen, und entsprechend fürchteten westliche Politiker und Geheimdienste sie.

Spätestens die russische Einflusskampagne bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2016 hat solche Ängste in die Gegenwart katapultiert. Vor diesem Akt der Einmischung fürchteten sich die amerikanischen und westlichen Verteidigungsplaner vor dem «Cyberkrieg», der durch die zunehmende Digitalisierung unserer Gesellschaften ermöglicht wird. Dabei ging es speziell um gross angelegte Überraschungsangriffe auf kritische Infrastruktur, zum Beispiel gegen das Stromnetz oder das Finanzsystem. Doch diese Szenarien blieben hypothetisch. Stattdessen zeigte die russische Kampagne bei den Wahlen in den USA, wie ein Staat mit gewaltlosen Mitteln Informationstechnologien gegen westliche Gesellschaften verwenden kann, und zwar durch den Zugriff auf persönliche E-Mails von führenden Demokraten, die dann gezielt über Online-Portale verbreitet wurden. Spätere Untersuchungen zeigten dazu koordinierte Desinformationskampagnen über soziale Medien, vor allem Twitter und Facebook. Seitdem ist die Angst vor dieser neuen Bedrohung explodiert und hat sogar eine neue Nato-Doktrin der «kognitiven Kriegsführung» inspiriert. Doch diese Ängste beruhen vor allem auf dem, was theoretisch möglich ist – in der Praxis ist diese Effektivität nicht bewiesen.

Technologischer Fortschritt eröffnet neue Möglichkeiten, Einflusskampagnen durchzuführen – und das theoretisch in nie dagewesenem Ausmass und präzedenzloser Effektivität. Die Medien waren nie zugänglicher und offener: Soziale Medien sind dezentrale Netzwerke, in denen jeder Benutzer Nachrichten verbreiten kann, die theoretisch den gesamten Nutzerkreis erreichen können. Zudem ist es relativ einfach, falsche Identitäten zu erstellen und über Automatisierung hunderte falsche Benutzerkonten zu koordinieren (sogenannte «Bots»), die Nachrichten verbreiten, die genau auf bestimmte Zielpublikum zugeschnitten sind. Die Klickversessenheit der Algorithmen, die bestimmen, welche Art von Inhalten ein Publikum erreicht, trägt dazu bei, dass polarisierende und extremistische Inhalte besonders gut funktionieren. Zusammengenommen bieten diese Charak-

teristika eine beispiellose Angriffsfläche für Kampagnen – daher die Ängste vor dem Untergang des Abendlandes.

Propagandainstrument Fernseher

Doch wie sieht es in der Praxis aus? Zusammen mit einem Forscherteam aus den USA und der Ukraine habe ich die Effektivität von sozialen Medien als Plattform für Einflusskampagnen mit dem klassischen Massenmedium des 20. Jahrhunderts, dem Fernsehen, verglichen. Wenn man es sich einmal genauer anschaut, machen es die eben genannten Vorteile der sozialen Medien nur in der Theorie einfacher, effizienter und effektiver, Einflusskampagnen durchzuführen. In der Praxis jedoch ist es extrem aufwendig, eine Kampagne ins Leben zu rufen, deren Ursprung verborgen bleibt und die doch eine grosse Zahl von Menschen erreicht: Benutzerkonten müssen einzeln erstellt werden, glaubwürdige «Cover-Stories» haben und zudem Inhalte verbreiten, die von den Algorithmen aufgegriffen werden. Insbesondere letzteres ist eine grosse Herausforderung, entsprechend gibt es eine eigene Industrie für die Optimierung von «Social Media Content» – staatliche Akteure haben keinen Vorteil in diesem Wettbewerb. Im Vergleich dazu bietet ein Fernsehsender die Möglichkeit, Inhalte an ein bestehendes Publikum zu verbreiten und ständig zu wiederholen – eine Methode der Beeinflussung, deren Effektivität klar etabliert ist.

Um die Effektivität von Bots und Fernsehen zu vergleichen, haben wir in der Ukraine (vor der Invasion) die Verbreitung von Desinformation über verschiedene Medien verfolgt und dann eine nationale Umfrage durchgeführt, um deren Reichweite in der Bevölkerung zu untersuchen. Die Ukraine bietet den Rahmen für eine nützliche und wichtige Fallstudie, da Russland das Land seit Jahren mit Desinformationskampagnen überzieht, da die sprachliche und kulturelle Nähe zu Russland die Erstellung von effektiven Inhalten erleichtert und da Russland spätestens seit der Einmischung in die US-Wahlen weithin als führende Macht in solchen «Informationskriegen» gilt. Zudem war die Ukraine bis Februar vergangenen Jahres der Hauptschauplatz einer Strategie der «hybriden Kriegsführung», in der Desinformation und Cyberangriffe eine wichtige Rolle spielen. Wenn also digitale Desinformation so effektiv ist wie weithin angenommen, würde man diese Effektivität am ehesten in der Ukraine zu sehen erwarten. In Zusammenarbeit mit dem Medienforschungsinstitut Internews Ukraine identifizierten wir also 15 Narrative, die besonders häufig vom russischen Staat in den Diskursfokus gerückt wurden, und untersuchten diese auf ihre Zustimmung im ukrainischen Volk. Die Inhalte dieser Narrative sind breitgefächert, aber viele beziehen sich auf westliche Einmischung und Ausbeutung. Ein Narrativ besagt zum Beispiel, dass ukrainische Politiker, Medien und die Zivilgesellschaft vom Westen heimlich gelenkt und «kuratiert» würden.

Die Ergebnisse unserer Studie waren verblüffend: Menschen, die Nachrichten vorwiegend aus den sozialen Medien mitbekommen, waren nicht eher dazu geneigt, an Desinformationsnarrative zu glauben. Bei keinem der fünfzehn Narrative gab es eine statistisch signifikante Korrelation zwischen der Häufigkeit, mit der Befragte soziale Medien nutzen, und der Wahrscheinlichkeit, dass sie diese Narrative gehört hatten oder an sie glaubten. Zu unserer grossen Überraschung war dies sogar für Mitglieder von individuellen Kanälen auf dem Messengerdienst Telegram, welche die vorhergehende Forschung als Hauptquellen von Desinformation identifiziert hatte, der Fall. Im Gegenzug sahen wir für 14 der 15 Narrative eine statistisch signifikante Korrelation zwischen dem Konsum von prorussischen Fernsehkanälen (damals im Besitz des Oligarchen Viktor Medvedchuk) und der Wahrscheinlichkeit, dass Befragte die Narrative gehört hatten und an sie glaubten. Zuschauer dieser Kanäle zeigten eine 28 bis 41 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, an die individuellen Narrative zu glauben, als Befragte, die diese Sender nicht schauten.

Verstärkend, aber nicht pflanzend

Diese Ergebnisse sprechen eine eindeutige Sprache: Fernsehen ist und bleibt ein hocheffektives Medium für Desinformation und Propaganda. Ängste vor gesellschaftlichem Zerfall durch Online-Einflusskampagnen sind im Gegensatz dazu verfrüht und kaum durch Fakten belegt. Der Blick in die Geschichte zeigt zudem einen wichtigen Punkt: Einflusskampagnen und Desinformation können hauptsächlich bestehende Spannungen und Polarisierung aufgreifen und verstärken, nicht aber erschaffen. In der Bekämpfung solcher Kampagnen sollten Gesellschaften sich also mehr auf die Ursachen dieser Spannungen und Polarisierung konzentrieren, zum Beispiel soziale Ungleichheit, überbordende Bürokratie und intransparente sowie hochkomplexe Entscheidungsprozesse, als auf ihre Symptome – den Glauben an Desinformation und Verschwörungstheorien. Angstgesteuerte Rufe nach Kontrolle und Zensur der freien Meinungsäusserung auf den sozialen Medien giessen hier nur Öl ins Feuer. Letztendlich hat der Westen ja auch im Kalten Krieg nicht trotz, sondern wegen seiner Offenheit die Oberhand behalten. ◀



Lennart Maschmeyer

ist Senior Researcher beim Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich.

Faktenchecks auf dem Prüfstand

Die Überprüfung von Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt wird als Bollwerk gegen Internetlügen angepriesen. Doch die Wirksamkeit von Faktenchecks hält sich in Grenzen: Das Problem von «Fake News» ist nämlich gar nicht so gross wie häufig angenommen.

von Christian P. Hoffmann

Seit 2016 erlebt das Fact-Checking einen ungeahnten Boom. Nicht nur haben seither diverse etablierte Redaktionen neue Stellen für Faktenchecker geschaffen, es entstanden gar diverse neue Organisationen, die sich dezidiert Faktenchecks widmen. Auf europäischer Ebene hat sich mit dem «European Fact-Checking Standards Network» eine Art Fact-Checking-Dachverband gegründet, dem 44 Organisationen angehören. Eine jüngere Analyse¹ aus den USA identifizierte 400 Fact-Checking-Organisationen weltweit – eine Verdopplung innerhalb von sechs Jahren. Sieben dieser Akteure finden sich in Deutschland, wie Correctiv oder der «Faktenfinder» der «Tagesschau». Die Schweiz stellt gemäss dieser Analyse allerdings noch eine Fact-Checking-Wüste dar.

Retter des öffentlichen Diskurses?

Fact-Checking ist lange schon ein selbstverständlicher Bestandteil des journalistischen Prozesses: Sachaussagen werden überprüft, bevor ein Bericht in der Zeitung oder am Bildschirm erscheint. Diese Art des Fact-Checking ist quasi unsichtbar, sie ist wie die Zutat eines Rezepts im fertigen Mahl allenfalls zu ahnen. Die neuen Fact-Checking-Organisationen haben einen anderen Charakter. Sie betreiben Faktenprüfung als eine eigene journalistische Gattung. Beiträge dieser Gattung werden meist als Faktencheck gekennzeichnet. Sie beinhalten die explizite Richtigstellung oder kontrollierende Prüfung einer Aussage. Dabei kann es sich um Aussagen von politischen Akteuren handeln, aber durchaus auch von Behörden, Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder gar Privatpersonen.

Nicht selten fällt der Faktencheck ein Urteil – fast wie der Test einer Konsumentenschutzorganisation. Dann werden Aussagen etwa als falsch, teilweise falsch oder irreführend gebrandmarkt. Besonders beliebt, weil fast im-

mer zutreffend, ist auch das Urteil «fehlender Kontext» – hier könnte man die geprüfte Aussage also «korrekter» verstehen, wenn sie anders eingebettet oder gerahmt würde. Dieser wertende und urteilende Charakter ist wesentlich für die journalistische Gattung des Faktenchecks.

Warum kann der Boom der «Fact-Checking-Industrie»², wie die Journalistin Emily Bell es ausdrückte, auf das Jahr 2016 zurückgeführt werden? Von zentraler Bedeutung sind hier zwei politische Grossereignisse: der Brexit und die Wahl Donald J. Trumps zum 45. US-Präsidenten. Beide Ereignisse erschütterten, da unerwartet, das politische, mediale und oft auch akademische Establishment. Eine Erklärung für die eigene Überraschung war also notwendig. Gefunden wurde sie schnell in der Verbreitung von Fake News in den sozialen Medien – wo sie im schlimmsten Fall in geschlossenen Gruppen oder in Form personalisierter Anzeigen geteilt wurden. Diese Fake News hätten – so der populäre Erklärungsansatz – zahlreiche Wählerinnen und Wähler in die Irre und in die Fänge von Populisten geführt.

Was lässt sich tun gegen diesen schädlichen Einfluss von Fake News? Eine intuitive wie auch einfache Antwort: ihre Richtigstellung – durch Faktenchecks. Diese Erkenntnis mobilisierte erhebliche finanzielle Ressourcen – der öffentlichen Hand, aber auch diverser Stiftungen – für die Rettung des öffentlichen Diskurses im Social-Media-Zeitalter. Die sozialwissenschaftliche Forschung versucht derweil zu erkunden, inwiefern das Fact-Checking tatsächlich von Erfolg gekrönt ist. Denn da diese journalistische Gattung neu ist, bestand bis vor kurzem wenig Kenntnis von ihrer Wirksamkeit.

Rechte im Fokus

Die Untersuchung der Wirkung von Fact-Checking setzt voraus, dass die Zielgrösse – die Eindämmung von Fake

News – klar benannt werden kann. Dies ist jedoch alles andere als einfach. Denn der Begriff «Fake News» gilt inzwischen in Forschung und Praxis als eine analytisch weitgehend nutzlose Kampfvokabel. Bezeichnet er ursprünglich in betrügerischer (meist kommerzieller) Absicht verbreitete Pseudonachrichten, so erweiterte er sich schnell auf zum Zweck der politischen Überzeugung verbreitete nicht oder nicht vollständig zutreffende oder eben irreführende Informationen. Diese Bedeutungserweiterung ging damit einher, dass politische Akteure begannen, sich grosszügig gegenseitig der Verbreitung von «Fake News» zu bezichtigen.

Bevorzugt genutzt werden daher in der Forschung heute zwei andere Begriffe: Desinformation und Misinformation. Erstere beschreibt eine in irreführender Absicht verbreitete falsche Information – im Falle der Misinformation ist hingegen keine solche Absicht vorausgesetzt. Strittig ist, ob Des- oder Misinformation tatsächlich faktisch falsch sein muss oder ob es ausreicht, dass die Information irreführend sein kann. Letzteres erweitert den Gegenstandsbereich des Begriffs enorm – welche Aussage kann schon nicht und von niemandem falsch verstanden oder interpretiert werden? Was Des- und vor allem Misinformation ist, liegt damit allzu oft im Auge des Betrachters.

Für Fact-Checker besteht in dieser Schwammigkeit des Gegenstands eine Herausforderung und potentielle Falle zugleich: Aus unzähligen Beiträgen zum öffentlichen Diskurs jene auszuwählen, die einer Berichtigung bedürfen, ist schwierig.³ Was ist also das Aufgreifkriterium für einen Faktencheck? Die Mitglieder des European Fact-Checking Standards Network verpflichten sich, ihre Auswahlkriterien offenzulegen – ein Standard wird dagegen nicht definiert.

Analysen deuten darauf hin, dass die Aussagen von politischen Akteuren der rechten Hälfte des politischen Spektrums eher einem Faktencheck unterworfen werden als jener der linken.⁴ Dies kann damit erklärt werden, dass die politische Rechte gemäss einigen Studien eher Des- und Misinformation im Internet verbreitet. Allerdings beruhen wiederum einige dieser Analysen auf der Auswertung von Faktenchecks, was eine gewisse Selbstreferenzialität impliziert. Fact-Checker werden auf der politischen Rechten denn auch mit einer grösseren Skepsis betrachtet

als auf der Linken – es wird ihnen eine politische Voreingenommenheit unterstellt.⁵ In Reaktion darauf verpflichteten sich inzwischen einige Fact-Checking-Organisationen explizit auf politische Ausgewogenheit. Eine Befragung von Fact-Checkern, durchgeführt durch das Reuters Institute for the Study of Journalism, ergab allerdings, dass satte 40 Prozent sich selbst als «Aktivisten» betrachten.⁶

Angesichts des gut dokumentierten linken Bias im Berufsfeld der Journalistinnen und Journalisten⁷ und angesichts der Genese der Fact-Checking-Bewegung als Reaktion auf zwei als politisch rechts konnotierte politische

Entscheidungen wäre nicht überraschend, wenn die wenig etablierten oder standardisierten Relevanzkriterien in diesem noch jungen Praxisfeld eine politische Schlagseite aufwiesen. Wie so oft in Fragen der medialen Einseitigkeit ist die Erforschung dieser Frage jedoch herausfordernd, der Erkenntnisstand entsprechend lückenhaft. Ein Ausweg aus der Bias-Falle könnte das Fakt-Checking durch die Social-Media-Nutzenden selbst sein. Twitter etwa verfolgt mit den «Community Notes» einen solchen auf Crowdsourcing basierenden

Ansatz. Erste Studien bescheinigen eine hohe Qualität dieser Faktenchecks – gerade weil die unterschiedlichen politischen Lager sich gegenseitig mit Skepsis beäugen.

«Verbreitet sind Fake News vor allem in Echo-kammern, politisch aufgeheizten Nischen des Internets.»

Christian P. Hoffmann

Begrenzter Korrektoreffekt

Anders als die politische Ausgewogenheit kann die Wirksamkeit des Fact-Checking inzwischen relativ gut beurteilt werden. Und dieses Urteil fällt – wie so mancher Faktencheck – ambivalent aus. Die für die Branche gute Nachricht zuerst: Diverse Studien finden, dass Faktenchecks Sachwissen korrigieren können – zumindest kurzfristig. Die Grösse dieses Korrektoreffekts ist allerdings begrenzt, er wird vor allem in Experimentalstudien gefunden, die sehr gezielt nur diesen Effekt untersuchen und alle weiteren denkbaren Einflüsse ausblenden. Auswirkungen auf Einstellungen, Handlungsabsichten oder Handlungen sind dagegen selbst hier kaum nachweisbar, was beispielsweise mit Blick auf Wahlen oder jüngst auch Impfungen ja durchaus relevant wäre.

Umstritten ist, ob Faktenchecks einen sogenannten «Backfire-Effect» aufweisen, also beispielsweise Voreinstellungen eher verhärten. Einige hier relevante Erkenntnisse lauten:

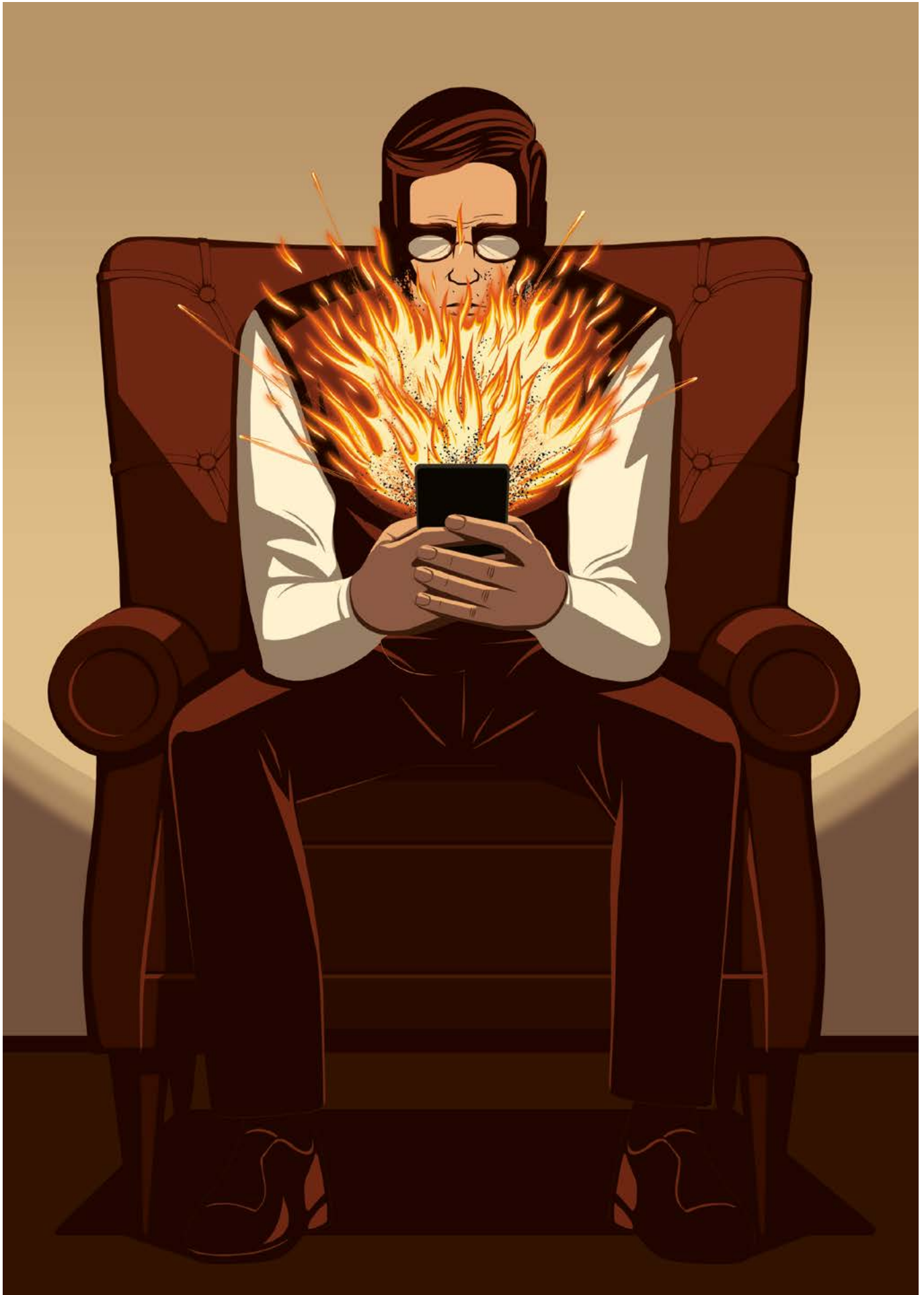


Illustration von Stephan Schmitz.

- Die geringste Wirkung weisen Faktenchecks bei Personen mit stark gefestigten oder extremen Einstellungen auf. Diese aber sind es vor allem, die «Fake News» verbreiten.
- Faktenchecks erhöhen insgesamt die Skepsis gegenüber Nachrichten – auch solchen, die zutreffend sind.
- Faktenchecks können den «Hostile Media Effect» verstärken, also die Wahrnehmung, dass eine journalistische Quelle oder ein Bericht politisch einseitig und feindselig sei.
- Faktenchecks können zur Verbreitung von Fake News beitragen. Insbesondere wenn breit genutzte journalistische Angebote eine falsche Aussage aufgreifen und berichtigen, besteht die Gefahr, dass ein Teil des Publikums diese Aussage erst durch die Berichtigung kennenlernt.

Während manche dieser Erkenntnisse in der Forschung noch debattiert werden, kann eine Erkenntnis als gut gesichert gelten: In der freien Wildbahn – also jenseits von Experimentalstudien – weisen Faktenchecks so gut wie keine nachweisbare Wirkung auf. Dies liegt vor allem daran, dass den Menschen im Alltag sehr wenig Fake News begegnen, es also kaum etwas zu berichtigen gibt. Und wo wenig zu berichtigen ist, ist die Wirksamkeit einer Berichtigung schlicht kaum messbar.

Anders als 2016 vermutet zeigt der seither akkumulierte Forschungsstand nämlich für viele überraschend: «Fake News» stellen nur einen sehr kleinen Teil dessen dar, was Menschen im Internet sehen. Mit Blick auf alle Online-Inhalte, die ein durchschnittlicher Nutzer betrachtet, gehen Studien von weniger als einem Prozent aus.⁸ Weit überwiegend informieren sich Bürgerinnen und Bürger aus seriösen Nachrichtenquellen.

Bittere Medizin

Die homöopathisch verdünnte Verbreitung von «Fake News» im erquicklichen Wasser seriöser Nachrichten ist also der Grund, warum Wirkungen von Fake News kaum nachweisbar sind – nicht einmal im Kontext der Wahl Donald Trumps. Entsprechend begrenzt ist die Wirksamkeit der Faktenchecker. Aktuelle Forschung betrachtet das Fact-Checking daher als nur eine Komponente eines Medikamentencocktails im Kampf gegen Des- und Misinformation. Die anderen lauten: «Pre-bunking» oder auch Inoculation (deutsch: Impfung), also eine Art vorbereitendes Trainieren der Internetnutzer darauf, Fake News zu erkennen. Hier kommen etwa kleine Spiele zum Einsatz, die Nutzer für Eigenschaften von Fake News sensibilisieren. So wie Nudging oder «Accuracy Prompts» (deutsch etwa: «Genauigkeitsabfrage»), also kleine Interventionen (Meldungen oder Pop-ups) beim Teilen von Inhalten auf Social Media, die Nutzer dazu auffordern, über die Qualität des Inhalts nachzudenken, bevor sie ihn teilen. Beide Ansätze

zeigen in der Tendenz vielversprechendere Wirkungen als das Fact-Checking – jedoch ebenfalls auf tiefem Niveau und von geringer Dauer.

Der Wunsch nach einer Eindämmung der Verbreitung von Unwahrheiten ist zweifellos ehrenhaft. Im Kontext politischer Diskurse, denen Parteilichkeit und Persuasionsabsichten inhärent sind, gleicht er auch einer Sisyphusaufgabe – nicht zuletzt angesichts der schwierigen Definier- und Abgrenzbarkeit von Mis- und Desinformation. Bekannt ist heute, dass «Fake News» im Netz von nur wenigen, politisch besonders engagierten und häufig polarisierten Individuen intensiv geteilt werden. Verbreitet sind sie darum vor allem in Echokammern, politisch aufgeheizten Nischen des Internets. Statt einer belehrenden Berichtigung erfordert eine substanzielle Qualitätssteigerung des politischen Diskurses darum vor allem Geduld, Neugierde, Offenheit, Verständnis und Diskursbereitschaft. Je besser das Weltbild und die Motivation derjenigen verstanden wird, die Fake News im Netz veröffentlichen oder teilen, desto wahrscheinlicher ist, dass ein Dialog geschlossene Weltbilder aufbrechen kann. Eine Medizin, die für viele deutlich bitterer sein dürfte als das Zuckerkügelchen eines selbstvergewissernden Fact-Checking. ◀

¹ www.reporterslab.org/tag/fact-checking-census/

² www.cjr.org/special_report/fact-check-industry-twitter.php

³ www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/08913811.2013.843872

⁴ www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/17512786.2018.1547655

⁵ www.pewresearch.org/fact-tank/2019/06/27/republicans-far-more-likely-than-democrats-to-say-fact-checkers-tend-to-favor-one-side/

⁶ reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/research/files/The%2520Rise%2520of%2520Fact-Checking%2520Sites%2520in%2520Europe.pdf

⁷ de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/das-herz-des-journalismus-schlaegt-links-so-what

⁸ www.science.org/doi/10.1126/sciadv.aay3539



Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement und politische Kommunikation an der Universität Leipzig.

Trauen Sie Ihren Augen nicht!

Deepfakes können uns alle täuschen. Ohne Medienkompetenz und Aufklärung führt die Verbreitung von manipulierten Bildern und Videos zu einem sinkenden Vertrauen in demokratische Institutionen.

von *Hanna Wenger*

In unserer immer digitaler werdenden Welt spielt die künstliche Intelligenz eine immer wichtigere Rolle. Sie ermöglicht es uns, Aufgaben schneller und effizienter zu erledigen und neue, bislang ungeahnte Möglichkeiten zu erschliessen. Doch was genau ist künstliche Intelligenz und welche Auswirkungen hat sie auf unseren Alltag? Lassen Sie uns gemeinsam auf eine spannende Reise in die Welt der KI gehen und herausfinden, was sie für uns bereithält.

Hat Sie dieser Einstieg gepackt? Falls nicht, so richten Sie Ihre Kritik bitte direkt an die Tech-Firma OpenAI. Diese Einleitung wurde nämlich nicht von einem Menschen, sondern einer Maschine verfasst; wir haben «ChatGPT» beauftragt, einen spannenden Einstieg für einen Text zur künstlichen Intelligenz zu schreiben.

Maschinelle Manipulation

Künstliche Intelligenz kann heute schon vieles tun, was früher dem Menschen vorbehalten war. Und in immer mehr Bereichen wird sie auch Laien zugänglich: Inzwischen werden zahlreiche Apps für die Herstellung von künstlich erzeugten Bildern, Videos und Tonaufnahmen angeboten. Mit steigenden Fähigkeiten wächst aber auch die Gefahr des Missbrauchs. Denn ob ein Netzinhalt menschliche Realität abbildet oder ein computerbasiertes KI-Konstrukt darstellt, lässt sich mittlerweile nicht immer leicht erkennen.

Längst sind auch Bilder und Videos nicht mehr sicher vor maschineller Manipulation. Bereits Anfang 2018 machten Meldungen über sogenannte Deepfakes – ein Kofferwort aus den Begriffen «Deep Learning» und «Fake» – die Runde, nachdem die App Zao bekannt geworden war, mit der sich Gesichter auf Videos täuschend echt manipulieren liessen. Weltweit sorgte das zunächst für Vergnügen: Wer findet es schon nicht amüsant, sein eigenes Antlitz in einer Rede von Donald Trump oder einem Musikvideo von Madonna auftauchen zu lassen? Schon bald wurde aber auch die Schattenseite der Technologie sichtbar: Die App wurde zunehmend genutzt, um mit gefälschten Videos Stimmung gegen Politiker und andere Personen des öffentlichen Le-

bens zu machen. So wurde zum Beispiel bei einer von Russland unterstützten Desinformationskampagne das Gesicht der jungen ukrainischen Parlamentarierin Svitlana Zalishchuk¹ auf pornografischen Bildern eingeblendet, was ihre Glaubwürdigkeit als Politikerin untergrub.

Die vielen Gesichter des Deepfakes

Schon immer war es möglich, Papierdokumente und Bilder zu fälschen. Auch Fotos können bekanntlich verändert werden. So ist eine gewisse Skepsis geboten, wenn es darum geht, Berichte oder «Beweisfotos» zu akzeptieren, die nicht mit anderen Belegen übereinstimmen und keine überzeugende Herkunft aufweisen. Die hohen Hürden für überzeugende Fälschungen haben es Fachleuten jedoch bisher möglich gemacht, solche mit hoher Zuverlässigkeit zu erkennen. Aufgrund KI-gestützter Werkzeuge werden die Hindernisse für die unbemerkte Synthese jeder Form von digitalen Medien möglicherweise aber bald verschwinden. Eine solche moderne Form der Fälschungen sind eben die Deepfakes: Die realistisch wirkenden Medieninhalte, die durch Techniken der künstlichen Intelligenz generiert, abgeändert oder verfälscht worden sind, erscheinen in verschiedenen Formen.

Die wohl bekannteste Form sind Deepfakes bei Fotos. Dabei werden Änderungen an einem Gesicht oder am gesamten Körper einer Person vorgenommen oder mit physischen Komponenten einer weiteren Person ergänzt oder überblendet. Deepfakes im Audibereich verändern die aufgenommene Stimme im Original oder ahmen die einer anderen Person nach. Die Funktion «Text-zu-Sprache» bietet die bereits weitverbreitete Möglichkeit, durch Eingeben von Text Ton zu erzeugen oder so eine bereits existierende Tonaufnahme zu überarbeiten.

Die wohl trügerischste und damit auch einflussreichste Manipulation ist das Video-Deepfake. Denn auch bei bewegten Bildern können Gesichter heute einfach ausgetauscht werden. Zudem ist Gesichtsverwandlung möglich, bei der das Gesicht einer Person durch einen nahtlosen Übergang in ein anderes Gesicht übergeht. Technisch machbar ist auch das Ganzkörperpuppenspiel, bei dem die

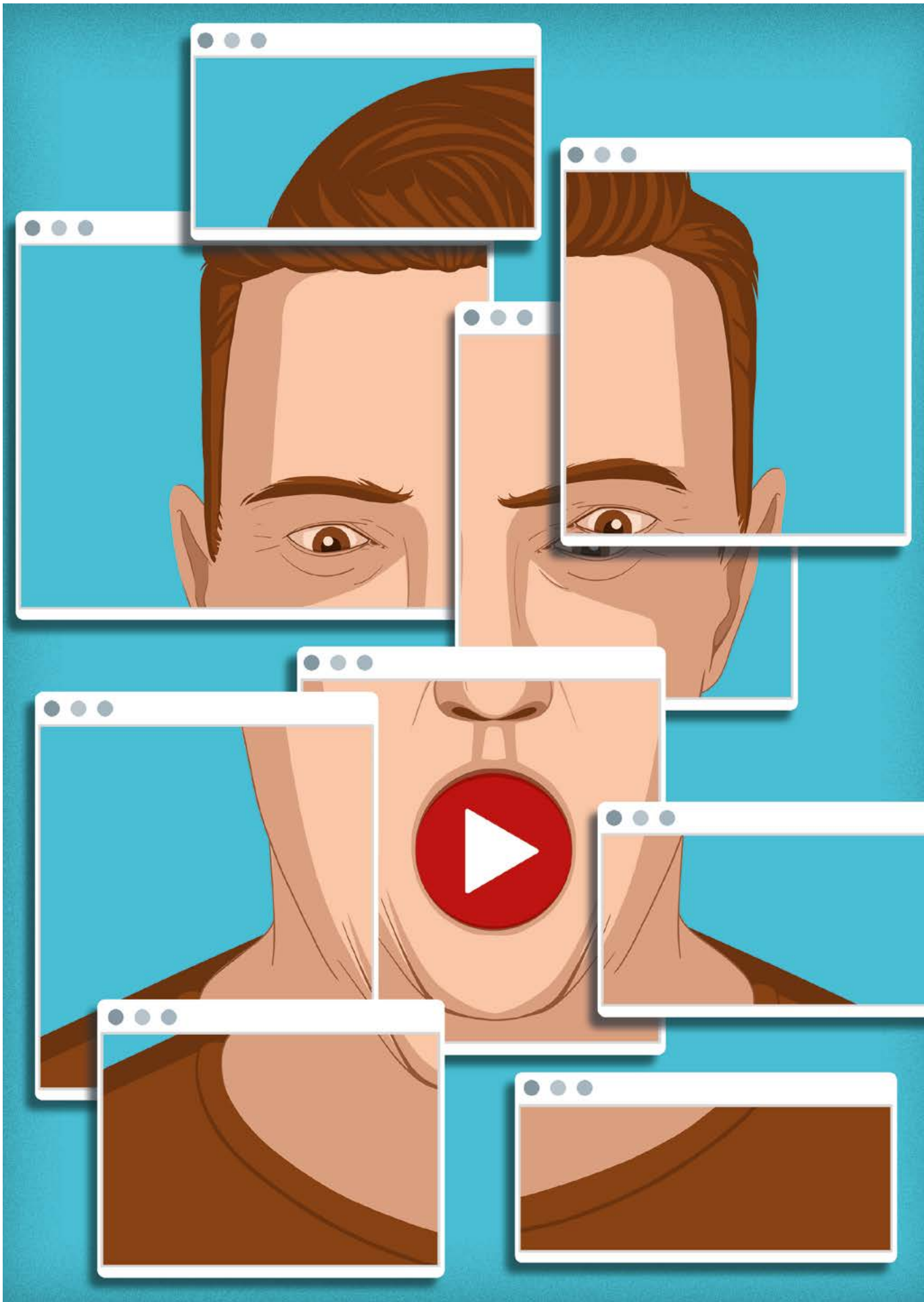


Illustration von Stephan Schmitz.

Bewegungen einer Person auf den Körper einer anderen Person übertragen werden – ähnlich wie Schauspieler ihre Bewegungen auf animierte Figuren im Film übertragen. Bei hochwertigen Video-Deepfakes ist es zudem möglich, die Lippensynchronisation zu verändern und mit einer passenden Audiospur zu unterlegen.

Hinter den künstlich erzeugten Bildern, Audios und Videos steckt weit mehr als nur eine ins Programm eingespeiste Quelldatei. Die Erstellung von glaubwürdigen Deepfakes erfordert derzeit noch Fachwissen, umfangreiche Schulungen, teure Hardware und spezielle Software. Darüber hinaus ist die Bearbeitung qualitativ hochwertiger digitaler Bild-, Video- und Audiodateien grundsätzlich zeit- und arbeitsaufwendig.

Es existieren zwar bereits einige einfach bedienbare Apps, die für ein breites Publikum zugänglich sind. Deren Ergebnisse überzeugen jedoch noch nicht wirklich und können in der Regel rasch entlarvt werden. Aufgrund der rasch fortschreitenden exponentiellen Entwicklung sollte es aber nicht mehr allzu lange dauern, bis auch einfach anwendbare Apps täuschungsechte Deepfakes produzieren können.

Im Kampf gegen missbrauchte Technologie

Politische und gesellschaftliche Institutionen – vom Geheimdienstausschuss des US-Repräsentantenhauses bis hin zur Europäischen Kommission – äussern sich vermehrt über die potentiellen Gefahren von Deepfakes, die von gefälschten Kriegserklärungen bis hin zu sexueller Belästigung und Diskriminierung durch gefälschte Pornovideos reichen. Die Ängste vor Deepfakes werden zudem vermehrt von der Öffentlichkeit geteilt: Eine Umfrage des Pew Research Centers ergab, dass 63 Prozent der Erwachsenen in den USA befürchten, dass «veränderte Videos und Bilder grosse Verwirrung über die Fakten aktueller Ereignisse stiften».² Die Befürchtung, dass Deepfake-Inhalte den Journalismus und vertrauenswürdige Informationsquellen potentiell untergraben könnten, ist also verbreitet.

Zudem gibt es auch ein anderes Problem: Mit dem Aufkommen äusserst glaubwürdiger Deepfakes könnten selbst korrekte Videoinhalte oder Aufnahmen von denjenigen als Deepfakes verleumdet werden, die den Inhalt für unvorurteilhaft halten. Daraus entsteht ein als «Lügendividende» bezeichnetes Phänomen. Die Verbreitung von Deepfakes könnte somit insgesamt zu einem sinkenden Vertrauen in Nachrichteninstitutionen führen, indem sie Misstrauen selbst gegenüber legitimen Formen von Nachrichten und Informationen schürt. Und wo die Grenze zwischen Wahrheit und Lüge zunehmend verworrener wird, gerät auch die öffentliche Meinungsbildung unter Druck.

So sind Medienhäuser, Plattformunternehmen und Bildungsinstitutionen gefragt, dieser Gefahr zu begegnen.

Sie werden eine neue Reihe von Werkzeugen benötigen, die es ihnen ermöglichen, die Authentizität digitaler Dateien zu überprüfen und zu erklären. Dabei wird es keine Schwarz-Weiss-Lösungen geben, werden doch Deepfakes und synthetische Medien auf ihre eigene Art und Weise wertvolle historische Artefakte sein, die zwingend aufgedeckt und geklärt werden müssen.

Im Kampf um den Nachweis der Echtheit werden laufend neue Programme benötigt, die es etwa Medienschaffenden erleichtern, Quellen zu prüfen und Deepfakes zweifelsfrei als solche zu enthüllen. Bildungsinstitutionen sind gefragt, vermehrt auf die Medienkompetenzförderungen von Lernenden Wert zu legen und das kritische Hinterfragen von Nachrichten zu vermitteln, insbesondere im Umgang mit den sozialen Medien. Es ist aber auch Aufgabe der Social-Media-Plattformen, Inhalte zu prüfen und die Verbreitung von Deepfakes einzudämmen, was zunehmend ein schwieriges Unterfangen darstellen wird.

Kritischer Umgang ist nötig

Deepfake-Inhalte bringen durchaus auch Chancen mit sich: So können KI-Verfahren auch als nützliches Instrument bei der Strafverfolgung sowie der polizeilichen Ermittlung und Analyse genutzt werden. Auch in der Film- und Gamingindustrie ergeben sich zweifelsohne neue Möglichkeiten.

Weil die Herstellung von Deepfake-Videos in den letzten Jahren deutlich schneller, einfacher und billiger geworden ist, wird es zunehmend schwieriger, Fakten von Fiktion zu unterscheiden. Menschen mit bösen Absichten können innert kürzester Zeit immensen Schaden anrichten, was nicht nur das Vertrauen in die Öffentlichkeit, sondern auch in die Demokratie gefährdet. Wie oben ausgeführt sind die Medien und das Bildungswesen in der Pflicht. Letztlich liegt es aber auch an uns allen als Zuschauer, Zuhörer*in oder Social-Media-User, kritisch zu bleiben und Inhalte zu hinterfragen, bevor wir sie empört oder euphorisch teilen. ◀

¹ www.codastory.com/disinformation/how-disinformation-became-a-new-threat-to-women/

² www.pewresearch.org/fact-tank/2019/06/14/about-three-quarters-of-americans-favor-steps-to-restrict-altered-videos-and-images/



Hanna Wenger

forscht im Rahmen ihrer Masterarbeit an der Universität Fribourg zum Thema Deepfake. Sie arbeitet im Marketing des «Schweizer Monats».